

# aktuelle analysen | 78



Hanns  
Seidel  
Stiftung

## Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation

Dominik Tomenendal

Dominik Tomenendal

---

# **Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation**

# VORWORT



**Markus Ferber, MdEP**

Vorsitzender der  
Hanns-Seidel-Stiftung

Die Frage nach der Stabilität Russlands ist für Europa von größtem Interesse und wird auch in Deutschland immer wieder medial aufgegriffen. Gleichzeitig herrschen in der deutschen Öffentlichkeit die Bilder eines monolithischen Machtblocks der russischen politischen Elite auf der einen und einer geradezu sprichwörtlichen Leidensfähigkeit und Schicksalsergebenheit der russischen Bevölkerung auf der anderen Seite vor.

Nicht zuletzt deshalb haben die Moskauer Massenkundgebungen im Sommer 2019, die zu keinem dieser beiden Bilder so recht passen wollten, in westlichen Ländern größte Aufmerksamkeit erfahren. Zu dieser Protestwelle war es gekommen, weil zahlreiche unabhängige und oppositionelle Kandidaten nicht zur Wahl des Moskauer Stadtparlaments zugelassen worden waren. Mängel bei der Gesundheitsversorgung sorgten für weitere Unzufriedenheit.

---

Bereits 2018 hatten Protestaktionen gegen die Rentenreform in Russland zu einer im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegenen Zahl an Straßenprotesten geführt.

Angesichts dieser offenbar erhöhten Protestbereitschaft stellt sich die Frage, inwieweit sie tatsächlich auf einen entschiedeneren Einsatz der russischen Bevölkerung für politische und soziale Rechte sowie für Interessen der örtlichen Bevölkerung bei lokalen Protesten hindeutet. Bei der Beantwortung dieser Frage spielt die Kluft zwischen in der Sowjetunion sozialisierten älteren Bürgern und mit Internet, Smartphone und sozialen Medien aufgewachsenen jungen Russen eine ähnlich wichtige Rolle wie das große Gefälle zwischen den Metropolen Moskau und Sankt Petersburg und dem restlichen Russland.

Die vorliegende Analyse arbeitet die tatsächliche Bedeutung des offenbar gestiegenen Protestpotenzials heraus und erörtert damit zugleich die Stabilität des derzeitigen politischen Systems in Russland. Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft runden die Publikation ab.

Ich wünsche eine angenehme und aufschlussreiche Lektüre.

///

---

# Inhalt

|  |    |
|--|----|
| <b>Einführung</b> .....                                      | 7  |
| <b>Ausgangslage</b> .....                                    | 9  |
| Ende des Post-Krim-Konsenses .....                           | 9  |
| Dominanz des Staates in Wirtschaftsfragen .....              | 12 |
| Demographie: Lebenserwartung, Armut, Geburtenrate .....      | 15 |
| <b>Politische Kultur</b> .....                               | 19 |
| <b>Einzelne Gesellschaftsbereiche und ihre Dynamik</b> ..... | 22 |
| Gesundheitsversorgung .....                                  | 22 |
| Rentensystem .....   | 26 |
| „Generation Putin“ .....                                     | 29 |

---

|   |    |
|---|----|
| <b>Fazit</b> .....                          | 33 |
| Steigendes Protestpotenzial? .....          | 33 |
| Wie stabil ist das politische System? ..... | 34 |
| <b>Handlungsempfehlungen</b> .....          | 37 |
| <br>  |    |
| Anmerkungen .....                           | 40 |



### **Dominik Tomenendal**

ist Studienleiter bei der Europäischen Akademie Bayern. Er hat Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Regensburg, der American University Washington, DC und an der Ludwig-Maximilians-Universität München studiert. Zudem nahm er 2019/20 am Alfa-Fellowship-Programm in Moskau teil. Er ist Experte für die USA, Russland und China und betreut bei der Akademie Europaseminare und Planspiele.

/// Zwischen Aufbruch und Stagnation

# Protestbewegungen in Russland

Die Menschen in Russland gehen vermehrt auf die Straße, viele wünschen sich eine Verbesserung ihrer ökonomischen Lage und die Unzufriedenheit mit Präsident Putin wächst. Wie ist die soziale Situation der Kranken, Rentner und jungen Menschen in Russland, tragen diese Umstände verstärkt zu Protesten bei und ist das Regime womöglich gefährdet?

## Einführung

Der vorliegende Text basiert auf Daten und Erkenntnissen, die während der Teilnahme am Alfa-Fellowship-Programm zwischen Juni 2019 und März 2020 gesammelt wurden, einem Programm für junge Experten und Führungskräfte aus Deutschland, den USA und Großbritannien.

Im Sommer 2019 kam es in Moskau zu bedeutenden Protesten anlässlich der Wahl zum Moskauer Stadtparlament. Um den Erfolg der Kremlpartei „Einiges Russland“ zu sichern, wurden zahlreiche andere Kandidaten nicht zugelassen, indem die für den Wahlantritt notwendigen Unterschriften stimmberechtigter Bürger unterschlagen oder nicht anerkannt wurden.

**Das Alfa-Fellowship-Programm ist eine angesehene internationale Initiative.**

Die Proteste 2019 in Moskau sorgten für großes Aufsehen im Westen, ähnlich wie die Proteste anlässlich des Ämtertauschs zwischen Medwedew und Putin 2011/12 und die Proteste gegen die Rentenreform 2018. Russland geht vermehrt auf die Straße. Die hier betrachteten großen Rahmenbedingungen der Politik weisen alle eine sinkende und negative Tendenz auf. Staat und Gesellschaft sind in Russland aufgrund der spezifischen politischen Kultur des Landes weit voneinander entfernt.

**Die soziale Situation  
der russischen Bevölkerung  
ist schlecht.**

„Das Wesen der modernen Ära der gesellschaftlichen Entwicklung in Russland lässt sich als die unwiderrufliche Trennung der herrschenden Elite vom ‚Volk‘ definieren.“<sup>1</sup> Der russische Staat liefert eine schlechte Performance, wenn es um die soziale Situation der Bevölkerung geht. Dies wird deutlich, wenn man sich die Bereiche Gesundheitspolitik, Rentenpolitik und die Rolle der nachwachsenden Generation ansieht. Allerdings ergibt sich aus diesen Trends kein systemgefährdendes Protestpotenzial, die Demonstranten formieren sich nicht zu einer großen Gegenbewegung für grundlegende Veränderungen. Die Proteste in Moskau 2019 haben das westliche Ausland regelrecht elektrisiert, auch wenn die Zahl von 22.000 Demonstranten bei der bestbesuchten, weil genehmigten, Kundgebung natürlich immer noch verschwindend gering ist, wenn man sich die Einwohnerzahl von 15 Millionen Menschen vor Augen hält. Sie mögen frustriert sein, aber die Russen sind zu gespalten und ängstlich, um sich um eine gemeinsame neue gesellschaftliche Vision oder Aktion zu scharen.

Die vorliegende Analyse stützt sich auf politikwissenschaftliche Fachliteratur und aktuelle Publikationen von Think Tanks und Presse. Außerdem hat der Autor Interviews mit russischen Experten vor Ort in Moskau geführt, zum Teil auch per E-Mail. Wenn bei wörtlichen Zitaten keine Quellenangaben stehen, so stammen diese aus persönlichen Gesprächen mit Experten und Studenten, manche von ihnen wollten anonym bleiben. Im Post-Relotius-Zeitalter wurde aber auf genaueste Wiedergabe im Wortlaut, wenn dies in Zitaten geschieht, Wert gelegt.

Die vorliegende Analyse berücksichtigt die Entwicklungen bis 30. Juni 2020.

Die Aussagen und Analysen des Autors spiegeln nicht zwangsläufig die Position der Hanns-Seidel-Stiftung wider.

## Ausgangslage

### Ende des Post-Krim-Konsenses

Viele Experten gehen inzwischen von einer starken Veränderung der politischen Großwetterlage in Russland seit 2018 aus. Die Jahre 2000 bis 2008 waren die „goldenen Jahre“. Niemals ging es den Russen besser als in dieser Phase. In den ersten beiden Amtszeiten Putins stiegen die Ölpreise und damit auch die Wirtschaftsleistung und die Realeinkommen im Steilflug: 2008 waren sie 2,3-mal höher als 2000. Allerdings hat man es unterlassen, die Wirtschaft umzubauen und zu modernisieren: Heute sei die Abhängigkeit vom Öl- und Gaspreis noch höher als vor zehn Jahren, meint der Sozialwissenschaftler Evgeny Gontmakher. Nach der Wirtschaftskrise 2008 verdüsterte sich der Himmel in ökonomischer Hinsicht. Nach den zum Teil eklatanten Manipulationen bei der Parlamentswahl 2011 kam es im Dezember zu den größten Massenprotesten seit dem Ende der Sowjetunion, die später weiter angeheizt wurden durch Putins Ämtertausch mit Medwedew.<sup>2</sup>

Die Bolotnaja-Proteste der Jahre 2011/12 erschreckten das Regime, das nichts so sehr fürchtet wie Farbrevolutionen ähnlich denen in den Nachbarländern Georgien und der Ukraine. Deswegen zog man der Zivilgesellschaft mit neuen Gesetzen die Daumenschrauben an, der Staat wurde zunehmend autoritärer. Nach der Annexion der Krim konnte die Regierung einige Zeit auf einer Welle der nationalistischen Zustimmung surfen, die überwältigende Mehrheit der russischen Bevölkerung begrüßte diesen Schritt.

Doch inzwischen sinken die Wirtschaftsleistung und die Einkommen. Korruption auf allen Ebenen wird nach zwischenzeitlich erfolgreicher Bekämpfung in Einzelbereichen wieder zu einem zunehmend größeren Problem, und nach Ansicht der Kritiker betrachtet eine neue Aristokratie den Staat als ihr Eigentum. Die Russen können inzwischen nicht mehr auf eine Verbesserung ihrer Lage hoffen. Russland erlebt gerade das Ende des „Post-Krim-Konsenses“: Die soziale Unzufriedenheit steigt, das Vertrauen in die Autoritäten lässt nach und der Wunsch nach Veränderung wird größer. Der Präsident wird von Kritik nicht mehr ausgespart: Nach seinem Allzeithoch von 87 % Beliebtheit in der Bevölkerung (d. h. Befragte, die ihm „Bewunderung“ oder „Sympathie“ entgegenbringen) nach der Annexion der Krim fiel seine Popularität auf 29 % im März 2020.<sup>3</sup> Putin hat für viele Russen seinen Heiligenschein verloren.

**Korruption ist  
nach wie vor ein  
großes Problem.**

Die Organisationen der Zivilgesellschaft sind entweder unter staatlicher Obhut, staatlich finanziert und damit handzahn oder unterliegen den strengen und oftmals unklaren Gesetzen, die ihnen die Luft zum Atmen nehmen und von denen die „Agentengesetze“ die bekanntesten sind. Gleichzeitig steigt bei russischen Bürgern die Unzufriedenheit mit den Renten, der medizinischen Versorgung und der Regierung im Allgemeinen. Hier entsteht Protest der Bürger an vielen Stellen und ist mitunter erfolgreich: Gegen den Bau einer Kathedrale in Jekaterinburg im Mai 2019 (der vorerst nicht wie geplant stattgefunden hat), gegen die Festnahme des Journalisten Iwan Golunow im Juni 2019 (der freigelassen wurde). Die Demonstrationen wurden nicht von einer bestimmten Gruppe oder Bewegung mit großen politischen Plänen angeführt, sondern zeigen das zunehmende Protestpotenzial der Menschen in Russland.

2019 berichteten die Medien von 2.070 Protestaktionen im Land, das sind statistisch fünf bis sechs Demonstrationen pro Tag.<sup>4</sup> Vor allem soziale Themen treiben die Leute auf die Straße, es geht nicht primär um politische Anliegen. Soziale Proteste kann man definieren als Aktionen gegen Kürzungen der Sozialleistungen, gegen Schließung von sozialen Einrichtungen, für eine bessere Infrastruktur, für Eigentums- und Wohnrechte. Die Menschen fordern zunehmend Verbesserungen in ihrem unmittelbaren Umfeld.

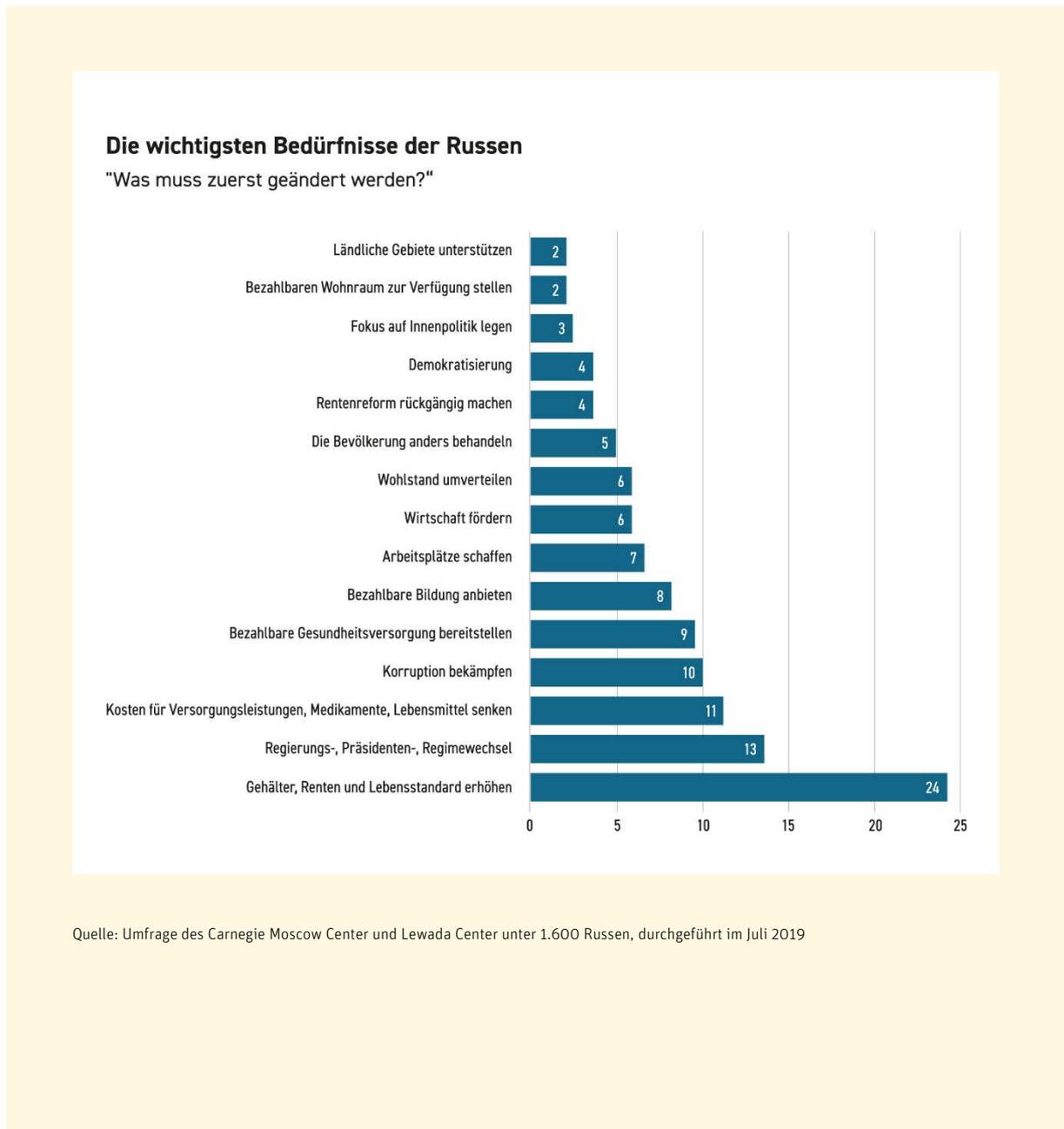
Putin selbst hat zuletzt bei seiner Rede zur Lage der Nation sehr großen Wert auf die Sozialpolitik gelegt. Nach Einschätzung von Andrei Kolesnikow vom Moskauer Carnegie-Zentrum nimmt er es sehr ernst; er wisse, dass er das Sozialsystem unterstützen muss. Den Schwenk nach innen, weg von der Außenpolitik, den sich die Bevölkerung wünscht, vollzieht die Regierung gerade.

**Der Bevölkerung Russlands fehlt das Vertrauen in die Regierung.**

Gleichzeitig glauben einer Umfrage des Lewada-Zentrums vom November 2019 zufolge 72 % der Russen, dass die Interessen der Staatsmacht und der Bevölkerung nicht kongruent sind, ein Höchstwert seit 2007. Hier klafft eine Lücke zwischen Ankündigungen der Regierung und dem Vertrauen der Bevölkerung, dass es wirklich zu einer Änderung kommt. Wie fast alles in Russland wird Sozialpolitik nicht gesellschaftlich ausgehandelt, sondern zentral von oben gesetzt und soll dann von nachgeordneten Stellen umgesetzt werden. Es stellt sich im Folgenden also die Frage, ob eine Verbesserung der Lage der Menschen gelingen kann oder ob der Unmut weiter steigt. Die Anzahl der Proteste insgesamt nimmt zu, aber die brutale Niederschlagung in Moskau zeigt, dass das Regime vor Gewalt nicht zurückschreckt und womöglich zu einer weiteren Eskalation bereit ist. Die immer lauter vorgetragene Forderung nach einer Verbesserung der Lebensumstände trifft auf ein Regime, das auf Stabilität um jeden Preis ausgerichtet und nicht kritikfähig ist.

Die russische Regierung steht vor der Herausforderung, im Lichte einer sinkenden und angesichts des Corona-Virus womöglich noch weiter fallenden Wirtschaftsleistung die Situation des „Humankapitals“ zu verbessern, ohne das bewährte Herrschaftssystem in Frage zu stellen.

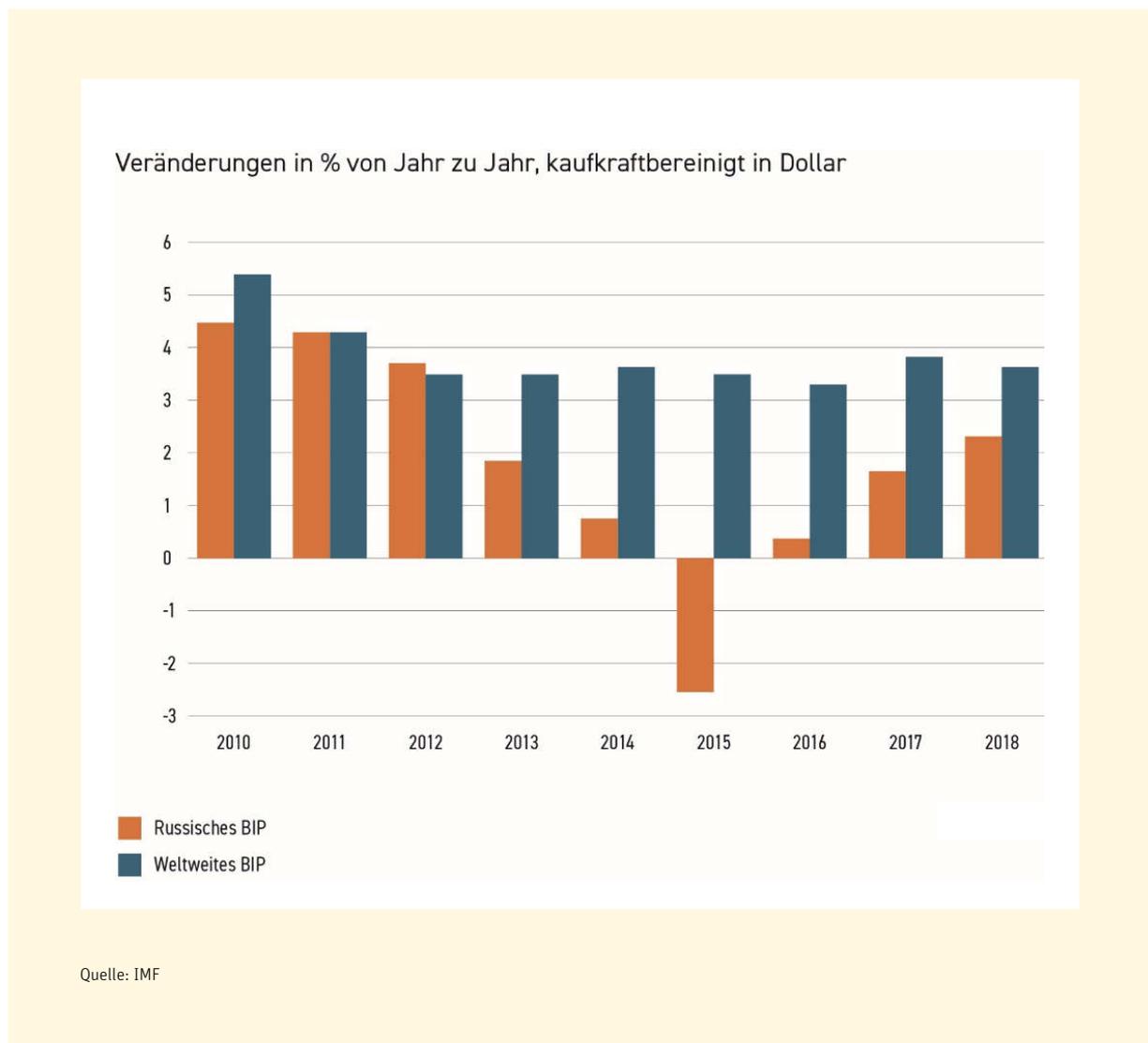
Abbildung 1: Die wichtigsten Bedürfnisse der Russen



### Dominanz des Staates in Wirtschaftsfragen

Die Wirtschaft wuchs in den letzten Jahren nur wenig, und der Lebensstandard stagniert. Eine leichte Erholung der Wirtschaft gab es zuletzt 2017 (1,6 % Wachstum) und 2018 (2,3 % Wachstum). Die entscheidende Frage für die Zukunft ist, wie die Bevölkerung reagiert, wenn die Realeinkommen weiter sinken, das Sozialsystem nicht besser wird und die Machthaber gleichzeitig keine wirklichen Reformen vornehmen, um ihr „Geschäftsmodell“ nicht zu gefährden.

Abbildung 2: Russland und die Welt: BIP-Wachstum



Die russische Wirtschaft folgt nicht der unsichtbaren Hand des Marktes, sondern der deutlich sichtbaren Hand des Staates. Wie groß der staatliche Sektor ist, lässt sich nur schätzen. Ein guter Ansatz stammt von einer Gruppe von Forschern unter Alexander Radygin vom Gaidar-Institut.<sup>5</sup> Sie unterteilen die öffentliche Wirtschaftstätigkeit in drei Elemente:

- den öffentlichen Dienstleistungssektor,
- Unternehmen mit staatlicher Beteiligung und
- staatliche Einheitsunternehmen (der alte Typus der sowjetischen Unternehmen).

Ihre Bewertungen decken den Zeitraum von 2006 bis 2016 ab. Nach dieser Einschätzung stieg die Gesamtgröße des öffentlichen Sektors von 39,6 % des BIP im Jahr 2006 auf 51,7 % im Finanzkrisenjahr 2009 und ging dann auf 46,0 % im Jahr 2016 zurück.

Staatskapitalismus wird gewöhnlich mit langfristigen staatlichen Plänen für Investitionen und technologische Entwicklung assoziiert, aber der russische Staatskapitalismus beinhaltet weder das eine noch das andere. „Unsere Wirtschaft in Russland ist sehr archaisch“, meinte Evgeny Gontmakher. Der Kreml hält den sozialen Frieden für wichtiger als Profit oder Entwicklung. Dies bedeutet, dass ineffektive Staatsunternehmen oft am Leben gehalten werden, um die Bevölkerung mit unproduktiver und schlecht bezahlter Arbeit zu versorgen. Gerade weil die rohstoffabhängige Wirtschaft so krisenanfällig ist, wird Stabilität auch von der Bevölkerung hoch geschätzt.

**Der soziale Frieden ist wichtiger als Profit oder Entwicklung.**

Die russische Version des Staatskapitalismus ignoriert Wettbewerb, Investitionen, technologische Entwicklung und Unternehmertum. Die Wirtschaft dient nach Aussage der Kritiker der Bereicherung der Eliten. Es gibt in jedem wichtigen Bereich eine große dominierende Firma, die nicht effektiv arbeitet. Die Pikety Group geht davon aus, dass ein Zehntel des Bruttoinlandsproduktes (BIP) jedes Jahr aus Russland abfließt, auf Offshore-Konten der Eliten im westlichen Ausland endet und damit nicht in die Wirtschaft reinvestiert wird.<sup>6</sup> Auch Korruption ist nach wie vor ein großes Problem. Die Bevölkerung leidet darunter, deshalb ist Alexei Nawalny mit seiner Anti-Korruptions-Plattform auch der erfolgreichste oppositionelle Aktivist. „Der späte Putinismus ist unvereinbar mit guter Regierungsführung und überaus kompatibel mit wirtschaftlicher und politischer Stagnation“<sup>7</sup>, wie es der Politikwissenschaftler Brian Taylor formuliert. Zwei Dinge halten autoritäre Systeme grundsätzlich zur Einschränkung von Korruption und zur guten Regierungsführung in sozialen Belangen an: entweder eine Bedrohung von außen oder

Angst vor Umsturz im Inneren. Zwar wird der Westen propagandistisch als Feind Russlands dargestellt, doch hat er überhaupt ein Interesse an einem Umsturz der Verhältnisse? Auch die oppositionellen Kräfte sind vermutlich für grundlegende Veränderungen der innenpolitischen Machtverhältnisse zu schwach. So hält nach Ansicht der Kritiker nur die freiwillige Selbstbeschränkung die Plünderung des Reichtums des Landes im Zaum und es entsteht ein Sozialsystem, das in vielen Belangen nur auf Sicht fährt und nach dem Gießkannenprinzip hier und da verbessert wird.

Früher hat das Kabinett aktiv Wirtschaftspolitik gestaltet, dort gab es auch liberale Vertreter. Doch inzwischen trifft Putin Entscheidungen zusammen mit wenigen Ministern oder in Einzelgesprächen. Im Parlament werden Gesetze „durchgewunken“, die in den Ministerien oder in der Präsidentschaftsbürokratie geschrieben wurden.

**Durch die Corona-Krise sind die Nationalen Projekte de facto tot.**

Wahrscheinlich wird sich in der Wirtschaftspolitik auch in Zukunft nicht allzu viel ändern. Durch die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft sind die ambitionierten Nationalen Projekte de facto tot, die Staatsfirmen werden weiter wachsen und damit die Anzahl der Personen, die im staatlichen Sektor beschäftigt sind. Steuern werden steigen, und die Umverteilung des Reichtums in der Gesellschaft nach oben wird weitergehen.<sup>8</sup>

Eine Besonderheit von Ölstaaten ist, dass sie nicht wirklich auf die Arbeitsleistung der Bevölkerung angewiesen sind. Aus Sicht der Eliten sollte sich die Bevölkerung einfach ruhig verhalten. Auch Ausbildungsstand und langfristige Gesundheit der Menschen sind nicht ausschlaggebend, wenn man überwiegend Bodenschätze fördert. Im sozialen Bereich schneidet Russland im internationalen Vergleich in allen Bereichen schlecht ab. Um das System und die Wirtschaft zu modernisieren und effektiver zu machen, müsste es auch politische Reformen geben. Die Wirtschaft unter Putin folgt jedoch drei klaren Direktiven: Zuerst kommt die politische Kontrolle, danach soziale Stabilität und erst an dritter Stelle Effizienz und Profit.<sup>9</sup> Hier beißt sich die Katze in den Schwanz: Wie reformiert man ein System, das geschaffen wurde, um den Status quo aufrechtzuerhalten?

## Demographie: Lebenserwartung, Armut, Geburtenrate

Für den Politikwissenschaftler und Journalisten Sergej Medwedew ist die Bevölkerung eine Stellschraube, an der die Macht drehen kann: „Wie so oft in der russischen Geschichte betrachtet der Staat die Bevölkerung als eine Ressource, die in Krisenzeiten ausgebeutet werden kann, vor allem in Zeiten ‚äußerer Bedrohung‘.“<sup>10</sup> Das ist womöglich bequemer als wirkliche Reformen der Wirtschaft anzustoßen. Die Zeit drängt: Man rechnet mit einem Rückgang der arbeitenden Bevölkerung von 83,2 Millionen (2017) auf 77,9 Millionen im Jahr 2024 (folgt man den offiziellen Zahlen der staatlichen Statistikbehörde Rosstat). In den 1990er-Jahren wurden wenige Kinder geboren, das hat Auswirkungen bis heute. Es wird ein Rückgang der Bevölkerung um 700.000 Personen pro Jahr erwartet, das entspricht fast 1 % der arbeitenden Bevölkerung. Damit ginge bei gleichbleibenden Bedingungen eine entsprechende Verringerung des BIP einher.

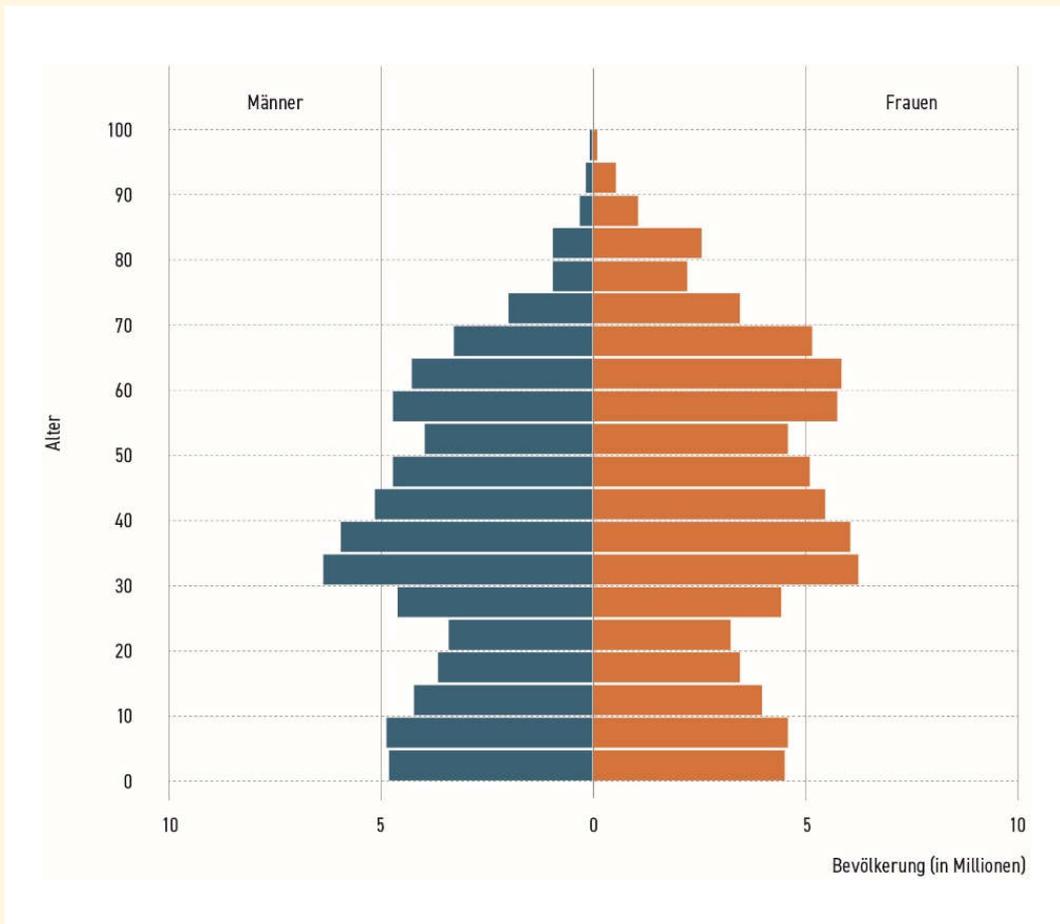
**Der Staat betrachtet die Bevölkerung als Ressource, die man ausbeuten kann.**

Die demographische Situation Russlands ist problematisch. Insgesamt lag die Lebenserwartung in Russland 2016 bei 71,6 Jahren (Weltentwicklungsindikatoren der Weltbank), damit lag Russland auf Platz 108 von 186 Ländern. Zu Beginn der 1990er-Jahre stürzte die Lebenserwartung vor allem der männlichen Bevölkerung rapide ab und erholte sich nur langsam. Seit 2006 ist die Lebenserwartung der Männer wieder gestiegen und liegt bei etwa 67 Jahren, immer noch sehr niedrig im internationalen Vergleich. Frauen leben im Durchschnitt 11 Jahre länger als Männer.

In vergleichender internationaler Perspektive lässt sich feststellen, dass die Lebenserwartung in Russland in Relation zum Wohlstand und zur restlichen Entwicklung des Landes immer noch zu niedrig ist.<sup>11</sup> Alkoholkonsum war für den Einbruch der Lebenserwartung während der Krisenjahre mitverantwortlich – in den frühen 90ern lag sie für Männer bei nur 57 Jahren. Die Zahl alkoholbezogener Todesfälle, von Verbrechen und Suiziden unter Alkoholeinfluss war in der Vergangenheit sehr hoch. Durch Maßnahmen wie Preiserhöhungen und Verkaufsbeschränkungen in der Nacht ist es gelungen, den Alkoholkonsum von 15,76 Litern pro Kopf im Jahr 2011 (damals vierter Platz weltweit) auf weniger als 10 Liter im Jahr 2019 zu senken – das ist weniger als die Deutschen trinken: 2017 waren es hierzulande 13,05 Liter.

Ein weiterer Grund für die niedrige Lebenserwartung ist der schlechte Zugang zu Medikamenten und die zum Teil katastrophale medizinische Versorgung insgesamt. Hinzu kommt ein nach wie vor in Teilen der Bevölkerung sehr ungesunder Lebensstil. Hier ist natürlich auch Armut ein Faktor: Ein Fitnessstudio oder gesunde Ernährung muss man sich leisten können.

Abbildung 3: Russische Bevölkerung nach Altersgruppen



Quelle: Diagramm auf der Grundlage von Daten der Vereinten Nationen, World Population Prospects 2020.

<https://population.un.org/wpp>, Stand: 4.6.2020

Geringe Lebenserwartung geht mit hoher Armut einher. Die Armutsquote ist in den vergangenen Jahren wieder gestiegen, sie lag 2012 bei 10,7 % und 2018 bei 12,9 %. Im Jahr 2019 lebten 21 Millionen Menschen offiziell in Armut.<sup>12</sup> Von Armut betroffen sind vor allem junge Familien und Menschen außerhalb der großen Städte, Rentner und Behinderte. Ungleiche Einkommensverhältnisse tragen zur geringen Lebenserwartung bei.

Im Einklang mit Russlands ausgeprägter sozioökonomischer Ungleichheit und dem damit verbundenen sozialen Stress gibt es große Unterschiede in den Sterblichkeitsniveaus und -trends der besser und der schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen in Russland. Es hat sich bereits früher gezeigt, dass diese Ungleichheit Russlands Fortschritte auf dem Weg zu einer besseren Gesundheit verlangsamt.<sup>13</sup>

Es gibt Regionen in Russland, die komplett abgehängt und ohne Perspektive sind. Der Grad der Verzweiflung wird auch an der dritthöchsten Zahl an Suiziden im weltweiten Vergleich deutlich (WHO). Eine Besserung der Armutssituation ist nicht in Sicht: „Laut offizieller Statistik hatten die Menschen in Russland Ende 2018 rund 13 % weniger Geld zur Verfügung als noch im Jahr 2014. Der Lebensstandard ist damit auf das Niveau des Jahres 2010 zurückgefallen“<sup>14</sup>, wie der Wirtschaftswissenschaftler Janis Kluge schreibt. Dies hat eine Verschuldung der Privathaushalte zur Folge. Folgt man Andrei Kolesnikow, waren 2018 ungefähr 20 % der Bevölkerung von sozialen Zahlungen abhängig. Diese „budget dependent people“ sind gesellschaftlich abgehängt. Anstatt auf eine Veränderung der Lage hinzuwirken, fürchten sie eher, das Bisschen zu verlieren, das sie noch haben.

Nach wie vor gelten in Russland althergebrachte Vorstellungen vom Umgang zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen, die auch und gerade von der Kirche gefördert werden. Dies wird auch an sehr altmodischen Ansätzen der Bevölkerungspolitik deutlich: Anstatt nachhaltig in das Bildungswesen und die Kinderversorgung – und somit in die Produktivität – zu investieren, geht es um eine Erhöhung der Geburtenrate. So wurden Frauen in städtischen Kliniken Abtreibungen – die von der Krankenversicherung abgedeckt sind – mitunter vorenthalten oder ausgedredet.<sup>15</sup>

Im Jahr 2007 wurde eine Einmalzahlung an Familien für das zweite Kind eingeführt, um die Geburtenrate zu erhöhen. Im Januar 2020 hat Putin als Ziel die Erhöhung der Geburtenrate von 1,5 auf 1,7 vorgegeben. Frauen werden früher Mütter als in Deutschland. Bestehende Rollenbilder werden bestärkt und Ungleichheit begünstigt. Reproduktion ist Aufgabe der Mutter. Gleichzeitig werden die Herausforderungen an Alleinerziehende nicht anerkannt, sondern ein traditionelles Familienbild vorgegeben. Mehrere Generationen, die in einem Haushalt leben, sind absolut normal. Armut, geringe Renten und schlechte Versorgung führen zu einem (erzwungenen) Zusammenhalt der Generationen. Gleichzeitig findet gerade in den urbanen Zentren eine „Europäisierung“ statt. Noch 2011 heirateten die meisten Frauen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, 2019 hingegen waren nach Auskunft des Föderalen Statistikbüros die meisten Frauen zum Zeitpunkt der Eheschließung zwischen 25 und 34 Jahre alt.

**Russland setzt auf Erhöhung der Geburtenrate statt auf Produktivität.**

Für Putin spielte die Sozialpolitik 2019 eine wichtige Rolle. Allein im Oktober 2019 gab es drei persönliche Treffen des Präsidenten zum Thema Gesundheitssystem. Früher wäre das Thema viel zu unwichtig gewesen. Verschiedene Nationale Projekte sollen im Zeitraum von 2019 bis 2024 umgesetzt werden, es handelt sich um ein Investitionsprogramm von 25,7 Billionen Rubel (ca. 362 Milliarden Euro).<sup>16</sup> Die Nationalen Projekte haben im Bereich der Bevölkerungspolitik unter anderem eine Erhöhung der Lebenserwartung auf 78 Jahre bis 2024, eine Halbierung der Armut und ein natürliches Bevölkerungswachstum zum Ziel. Die angestrebte Erhöhung der Lebenserwartung in dieser kurzen Zeit ist jedoch höchst unrealistisch, wie der Blick in die Entwicklung vergleichbarer Länder (BRICS-Staaten) zeigt.

**Es besteht die Sorge, dass die Eliten sich an den Nationalen Projekten bereichern.**

Darüber hinaus wurden auch Projekte in den Bereichen Digitalisierung, Infrastruktur, Umweltschutz, Kleinunternehmer oder Wohnungsbau aufgelegt. Liberale und eher westlich orientierte Wirtschaftswissenschaftler erwarten davon wenig, denn für Erfolge müssten zuerst Eigentumsrechte und Rechtssicherheit wirklich durchgesetzt werden. Auch der Top-Down-Ansatz der Regierung ist aus wirtschaftlicher Sicht nicht zielführend. Manche Beobachter gehen davon aus, dass es schon Verteilungskämpfe innerhalb der Eliten gibt, wie man sich an den Nationalen Projekten am besten bereichern kann. Die Umsetzung der Nationalen Projekte erfolgte im Jahr 2019 sehr langsam und wird sich unter den Bedingungen der Corona-Krise weiter verzögern. Bis Jahresende 2019 wurden nach Auskunft des Rechnungshofes nur 88 % der geplanten Ausgaben für die Nationalen Projekte getätigt.<sup>17</sup> Im Januar 2020, bei seiner Rede zur Lage der Nation, machte Putin einige sehr konkrete (und teure) Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Lage. Dieser Schwenk nach innen ist aber auch klassisches politisches Taktieren. „Das sind keine Reformen. Es handelt sich nur um die Umverteilung von Geld ohne irgendwelche institutionellen Reformen“, wie Evgeny Gontmakher meinte. Das kann nur kurzzeitige Effekte zeitigen, das System aber nicht langfristig verbessern.

## Politische Kultur

Erst ging es im postsowjetischen Russland ums Überleben, heute geht es mitunter recht laut um Wohlstand und Konsum. Der permanente alltägliche Kampf in den 90ern hat „große“ politische Fragen delegitimiert. Auch heute ist der Großteil der russischen Bevölkerung unpolitisch. In Russland herrscht eine abgeklärte, ernüchterte und mitunter nihilistische Haltung der Politik gegenüber.

Besonders nach 2014 hat die Regierung traditionelle Werte, Kultur, nationale Identität und eine Feindschaft zum Westen gepflegt. Innerhalb dieses von oben verordneten Patriotismus zeichnen sich einige große Linien ab:<sup>18</sup> Demnach ist Russland immer und unbedingt ein starker Staat. Alle großen Führer der Vergangenheit, die Russland stark gemacht haben, die Kirche, die Zaren oder Stalin selbst, sind Verbündete und Vorläufer der gegenwärtigen Führung. So kann man sich auf die Orthodoxie stützen und gleichzeitig die roten Sterne auf dem Kreml behalten. Der Staat muss stark sein, weil Russland immer von Feinden umgeben sein werde. Dank des starken Staates und seiner intakten Werte habe Russland seine historische Mission erfüllen können: den Faschismus besiegen und die Welt vom Bösen befreien. Die Macht des Staates ist demnach ein Wert an sich. Deswegen ist Kritik, wenn sie nicht ausreichend devot vorgetragen wird, grundsätzlich defätistisch. Nach diesem Narrativ sind Oppositionelle Verräter und immer von außen gesteuert. Dieser Staat bietet den Leuten eine in die Vergangenheit gerichtete Utopie, aber keine Zukunftsvision.

Bei der Kontrolle der Medien geht es nicht um „Gedankenkontrolle“ – die Bevölkerung hält ohnehin nicht viel von den Eliten – sondern darum, Konkurrenten keinen Zugang zu Medien zu gewähren. Es geht nicht um eine positive Botschaft (anders als in der Sowjetunion), sondern um die Diskreditierung jeder möglichen Alternative. Es geht nicht vorrangig um Unterstützung der Macht, sondern um das Schüren von Passivität, Indifferenz und Skeptizismus gegenüber der Politik. „Atomisierung“ in gesellschaftlichen Belangen wird gefördert. Die Alltagsmoral ist mitunter zynisch. Von politischen Parteien – und damit auch von Oppositionsparteien – hält man überhaupt nichts, das klingt nach 90er-Jahren und Chaos. „Vielleicht hasst unser Volk den Staat. Es gibt kein Vertrauen zwischen Staat und Bevölkerung“, meinte Evgeny Gontmakher. Die Menschen vertrauen der Regierung nicht. Gesellschaft und Staat sind durch einen großen Zaun getrennt. Aus dieser Position heraus ist es unmöglich, manche sozialen Probleme zu adressieren. Es gibt keinen echten Dialog zwischen Regierung und Bevölkerung. Putin will das nicht und er kann

**Da Russland immer von Feinden umgeben sein wird, muss der Staat stark sein.**

es auch nicht leisten. Gemäß Kritikern ist er ein typischer Autokrat. Weit verbreitet ist auch der Glaube an Verschwörungstheorien. Wem ist noch zu trauen, wenn ich allen misstraue? Als Überlebensstrategie ist es vielleicht normal, sich dann komplett von Fakten – oder der rationalen Politik – zu entkoppeln.

Einer Umfrage vom Juni 2017 zufolge waren Polizei, Gerichte und Staatsanwälte diejenigen Institutionen, denen die Bevölkerung am meisten misstraut. Der Alltag ist schwierig, der Kampf ums Überleben nach wie vor sehr hart. Korruption ist allgegenwärtig. Es herrscht ein tief sitzendes Gefühl der Unsicherheit – welches natürlich durch Korruption und Gesetzlosigkeit noch mehr gefördert wird und paradoxerweise zu einem noch größeren Bedürfnis nach Schutz durch eine „persönliche“ Beziehung zum Staat bzw. zu dessen Vertretern führt.

**Russland ist zu wohlhabend und zu gut ausgebildet, um so autoritär zu sein.**

Legt man die Modernisierungstheorien zugrunde, die mit gewissem Recht eine Verbindung zwischen Demokratie und Wohlstand herstellen, ist Russland zu wohlhabend, zu gut ausgebildet und zu offen, um so autoritär zu sein. Russland „müsste“ demokratischer sein: Das Land hat eine mehr oder weniger funktionierende Marktwirtschaft, verglichen mit anderen Ländern hat es makroökonomische Stabilität, verfügt über eine funktionierende Verwaltung und Infrastruktur und vor allem über eine große Anzahl gut ausgebildeter Menschen. Diese „Ungleichzeitigkeit“ der Entwicklungen liegt an der spezifischen politischen Kultur und wird noch lange weiterbestehen. Das bedeutet insgesamt, dass die Ausgangsposition für wirkliche Veränderungen von unten nicht günstig ist.

Die russische Zivilgesellschaft unterliegt schon seit längerem einer Zermürbungstaktik, die gegen unabhängige NGOs angewendet wird. Man will den Widerspruch im Land unterdrücken und internationalen – westlichen – Einfluss zurückdrängen. Am bekanntesten sind die „Agentenparagrafen“; 2015 gab es ein weiteres Gesetz gegen „unerwünschte Organisationen“, mit dem die russische Regierung de facto die Möglichkeit bekam, diese zu schließen. Eine weitere Taktik ist das Verhängen hoher Geldstrafen, die manche Organisationen zur Aufgabe zwingen. Die Menschenrechtssituation in Russland hat sich auch 2019 weiter verschlechtert. Mit wenigen Ausnahmen reagierten die Behörden auf das zunehmende Engagement der Bürger mit Verboten, repressiven Gesetzen und demonstrativen Verfolgungen zur Einschüchterung. Die Regierung führte neue Beschränkungen für Meinungsäußerungen im Internet ein und verabschiedete ein Gesetz, das es ihr ermöglichen soll, den russischen Teil des Internets zu isolieren.

Es mehren sich aber auch die Anzeichen, dass auf der Ebene der politischen Kultur die Leute nicht mehr bereit sind, alles hinzunehmen; durch die schiere Not ändern sich die Maßstäbe. Die Macht ist fern und wird nicht hinterfragt, aber die Probleme des alltäglichen Lebens lassen sich nicht ausblenden. „Interviews und Videos von Demonstrationen in regionalen Städten zeigen, dass die Menschen nicht so sehr auf die Straße gingen, um gegen Korruption zu protestieren oder Nawalny zu unterstützen, sondern vielmehr, um ihre Unzufriedenheit mit dem Zustand der öffentlichen Dienste, des Gesundheitswesens, der öffentlichen Bildung, der Kultur oder der Straßen zum Ausdruck zu bringen“<sup>19</sup>, schreibt die französische Soziologin Karine Clément. Der schweigenden Mehrheit außerhalb von Moskau und Sankt Petersburg geht es nicht um eine Änderung des politischen Systems, sondern um Verbesserungen in den Bereichen Korruption und Daseinsvorsorge, um ehrliche Polizisten und gute Krankenhäuser.

**Die Menschen demonstrieren, weil sie ehrliche Polizisten und gute Krankenhäuser wollen.**

## Einzelne Gesellschaftsbereiche und ihre Dynamik

Umfragen zufolge legen viele Protestierende Wert darauf, als nicht politisch wahrgenommen zu werden – man unterscheidet in der Forschung mindestens zwischen politischen, lokalen und sozialen Protesten.<sup>20</sup> Die Sphäre des Politischen überlässt man den Eliten. Die meisten Proteste zielen auf die Lösung konkreter Probleme. Die politische Opposition arbeitet sich an Putin ab, während viele soziale Initiativen oder Graswurzelbewegungen einen Kampf gegen lokale Behörden oder Wirtschaftsunternehmer führen und Putin oft sogar unterstützen oder sich auf ihn berufen.<sup>21</sup>

**Die junge Generation ist nicht politischer als die Generationen vor ihr.**

Deswegen lohnt in der Folge der Blick auf soziale Bereiche in der Gesellschaft, die womöglich als Klammer für ganz Russland funktionieren könnten. Gibt es ein Anliegen, das als gemeinsame Agenda in Zukunft mehr Leute vereinigen könnte? Beim Gesundheitssystem handelt es sich um einen schwelenden Missstand, der in Zukunft zu mehr Protesten anregen könnte. Beim Rentensystem erfolgte die Reform mit einem Paukenschlag; ebenso die Protestwelle 2018, die aber auch schnell wieder versandete. Die junge Generation schließlich stellt vermehrt Forderungen, ist aber auch nicht politischer als die Generationen vor ihr.

### Gesundheitsversorgung

Laut der russischen Verfassung haben alle Bürger Anspruch auf kostenlose Versorgung in staatlichen oder städtischen Einrichtungen, bezahlt aus der öffentlichen Kasse. Russland verwendet nur 3,5 % des BIP auf das Gesundheitssystem, der Durchschnitt der OECD-Länder liegt bei 6-7 %. Das Gesundheitssystem fußt in vielen Elementen auf der Sowjetunion, wurde aber in den 90ern umgestaltet. Dezentralisierung, Privatisierung und das landesweite Chaos hatten auch hier Auswirkungen.

Der Fokus liegt immer noch eher auf der Bekämpfung von Epidemien und ansteckenden Krankheiten, nicht aber auf Vorbeugung und Prävention bei nicht ansteckenden Krankheiten (Herz-Kreislauf-Krankheiten sind in Russland für 391,4 Todesfälle pro 100.000 Einwohner verantwortlich – in China für 262,4, in den USA für 133,5 Todesfälle). Es gibt keine gesetzlichen Krankenversicherungen, jeder Bürger ist direkt durch den Staat geschützt. 5,1 % des Gehaltes werden für die Pflichtversicherung verwendet (die der Arbeitgeber zahlt), bei Arbeitslosen kommt dieser Betrag aus dem Regio-

nalbudget.<sup>22</sup> Daneben gibt es natürlich private Versicherungen (Zahnersatz und anderes), aber diese muss man sich leisten können. Außerdem sind sie nicht allzu verbreitet und werden häufig vom Arbeitgeber als Zusatzleistung angeboten. Der Staat ist der ausschlaggebende Akteur im Gesundheitssystem, aber ein äußerst ineffektiver.

Woher kommt diese Ineffektivität des russischen Gesundheitswesens? Für den Gesundheitsexperten und Wirtschaftswissenschaftler Igor Sheiman von der renommierten Higher School of Economics (HSE) krankt das System an Folgendem:

„Der Hauptgrund ist eine erhebliche Unterfinanzierung. Aber die Steuerung des Gesundheitssystems trägt dazu bei. Die großen strukturellen Veränderungen im System – wie sie in den meisten OECD-Ländern üblich sind – sind in Russland nicht umgesetzt worden. [...] Das System ist nach wie vor auf die stationäre Versorgung ausgerichtet.“

Die in Russland allgegenwärtige Korruption gibt es auch hier, z. B. um einen Operationstermin nach vorne zu verlegen.

Medikamente sind nur für bestimmte Gruppen wie Behinderte oder chronisch Kranke kostenlos. Der Großteil der Bevölkerung muss für Medikamente selbst aufkommen. 90 % der Bevölkerung erhalten keinerlei Unterstützung beim Kauf von Medikamenten, von staatlicher Seite werden nur 11 % aller Arzneien bezahlt, die über den Apothekentisch gehen (in der EU sind es 48 %).<sup>23</sup> Gerade alte Menschen können sich die Medikamente dann oft nicht leisten. Seit 2015 sinken die Reallöhne. Der Fall des Rubels hat die Preise für importierte Medikamente und Wirkstoffe steigen lassen. Zudem blockiert Russland aus politischen Gründen seit 2019 den Import einiger westlicher Arzneimittel und produziert eigene Generika, die teilweise Nebenwirkungen haben. Inzwischen gibt es Todesfälle, die von Angehörigen auf fehlende ausländische Medikamente zurückgeführt werden.<sup>24</sup>

**Für Medikamente muss der Großteil der Bevölkerung selbst aufkommen.**

Die Gesundheitsversorgung ist in großen Städten wie Moskau deutlich besser als in vielen peripheren Regionen. Wer viel Geld hat, kann auch teure Privatkliniken besuchen. Die politische Zentralisierung trägt dazu bei, dass die Regionen nur langsam auf ihre jeweiligen Probleme reagieren können.<sup>25</sup> Die Lebensbedingungen in den Regionen variieren, sind abhängig von der Geographie und Ökonomie und oft auch von den lokalen Entscheidungsträgern.

**Ärzte verdienen in  
Russland oft weniger  
als Kurierfahrer.**

Manche Regionen leiden heute noch unter ihrem Abstieg in den 90er-Jahren. Das Lewada-Zentrum führte 2016 eine große Studie zu den Auswirkungen der vergangenen Reformen durch. Lange Wartezeiten, mangelhafte Qualifikation der Ärzte und schlechte Ausstattung der Krankenhäuser waren die meistgenannten Probleme der Patienten.<sup>26</sup> Ärzte beklagten vor allem die niedrige Bezahlung.

Dabei sollte das Gesundheitssystem im Jahr 2012 effizienter gemacht werden: höhere Gehälter für medizinisches Personal und Abbau „überflüssiger Stellen“. Der Effekt war, dass die Regionen nicht genügend Budget hatten, um die Gehaltssteigerungen vorzunehmen, so dass sie noch mehr Stellen abbauten als vorgesehen. Die verbleibenden Stellen sind vielleicht besser bezahlt als vorher, dafür aber komplett überlastet. Viele Ärzte wechseln zu Privatkliniken, die beste Versorgung zu hohen Preisen anbieten, oder in die Pharmaindustrie. Laut einer Umfrage, die von Mediziner-Gewerkschaften durchgeführt wurde, liegt das tatsächliche durchschnittliche Gehalt eines Arztes bei 42.000 Rubel (gut 500 Euro). Selbst Kurierfahrer verdienen in Russland mehr.<sup>27</sup> Die Regierung versucht momentan, mehr Ärzte und Personal in das Gesundheitssystem zu bekommen; gleichzeitig ist der Arzt aus dem Moskauer Umland, der abends in der Hauptstadt als Taxifahrer arbeitet, tatsächlich Realität.

Die 2018 beschlossenen ambitionierten Nationalen Projekte speisen Geld in das System ein, doch durch die Corona-Krise steht fast kein Geld mehr für die Zukunft bereit. In einigen Regionen mit kompetenten Gouverneuren gelingt es, Fortschritte zu erzielen. Die Finanzierung ist allerdings schon jetzt unzureichend (3,6 % des BIP anstatt der angekündigten 4 %). Probleme wie Tuberkulose und HIV bleiben bei der Entwicklung des Gesundheitssystems im Rahmen der Nationalen Projekte völlig außen vor. Gerade HIV ist ein besonders trauriges Kapitel in Russland, die Erfahrungen und Erfolge anderer Länder werden aus ideologischen und antiwestlichen Gründen von offizieller Seite nicht angewendet. Experten gehen von 1,5 Millionen HIV-Infizierten aus (in Deutschland sind es ungefähr 87.900 Infizierte). Es fehlt an modernen Medikamenten, Diagnoseausstattung und Personal. Die Stigmatisierung trägt dazu bei, dass viele sich erst gar nicht testen lassen. Die finanziellen und sozialen Kosten der HIV-Epidemie können politische und wirtschaftliche Instabilität verstärken, gerade wenn die Krankheit sich weiter über stigmatisierte Risikogruppen hinaus ausbreitet.

Laut besagter Umfrage des Lewada-Zentrums von 2016 bewerteten sowohl die Patienten als auch die im Gesundheitswesen Beschäftigten die bisherigen Reformen insgesamt negativ. Das Geld fließt in Personal und Gehälter, die Ausstattung und der Komfort sind zweitrangig. Russlands vermeintliche

Rückständigkeit und die damit einhergehende schlechte Versorgung werden als gegeben angenommen. Während der Corona-Krise wurden neue Krankenhäuser in Moskau präsentiert, aber die Versorgung in der Fläche spielte nur eine untergeordnete Rolle, Mängel an allen Ecken und Enden wurden deutlich. Zu sehr konzentriert sich das System immer noch auf Gesundheitszentren und Polikliniken.

Das Zentrum für Sozial- und Arbeitsrechte registrierte im 4. Quartal 2019 ein gutes Dutzend Proteste im Gesundheitswesen.<sup>28</sup> Aktivitäten wurden in erster Linie von der landesweiten Gewerkschaft des Gesundheitspersonals „Aktion“ durchgeführt. Auch die 2018 gegründete und mit Nawalny verbundene „Allianz der Ärzte“ zeigte sich in der Öffentlichkeit. Zudem führte das Personal auch eigenständig Protestaktionen durch. Die Formen der Aktionen im Gesundheitswesen waren unterschiedlich: Streikposten, offene Briefe und Videoaufrufe. Der Arbeitsprotest des Personals wurde vor allem durch niedrige Löhne und hohe Arbeitsbelastung hervorgerufen. Nach der Lohn-erhöhung wurden Zuschläge für Überstunden oft reduziert, d. h., die Löhne wurden faktisch gekürzt.

Auch Bürger gehen auf die Straße für eine bessere Versorgung. Denn natürlich ist die Gesundheitsversorgung für die Regierung „eine Möglichkeit, um deutlich zu machen, dass die Menschen wichtig sind, dass ihr Leben und ihre Meinung wichtig sind“, wie eine Gesundheitsökonomin der HSE im Gespräch meinte. Regionale und föderale Behörden haben immer wieder auf Bürgerproteste reagiert und begonnen, die Probleme anzugehen, wenn es nicht mehr möglich war, diese zu ignorieren oder zu unterdrücken. Hier verstärkt sich auch der Trend, dass die mediale Bekanntheit des Protestes, die Präsenz von Informationen darüber auf allen Informationsplattformen für Bürger wichtiger wird als die straffe Organisation oder sogar der Massenprotest.

Nach Ansicht von Anna Ochkina, Autorin der Studie des Zentrums für Sozial- und Arbeitsrechte, handelt es sich beim Gesundheitssystem um den wesentlichen Faktor der Unzufriedenheit im Land. Grundsätzlich ist hier durchaus Potenzial für landesweite Proteste vorhanden, sollte die Lage sich weiter verschlechtern, etwa im Falle einer weiteren starken Corona-Welle. Denn grundsätzliche Veränderungen und Verbesserungen sind immer noch in weiter Ferne, wie Igor Sheiman meint: „Proteste finden statt, aber sie sind in den meisten Regionen nicht üblich. Die Regierung reagiert ziemlich schnell darauf – ohne größere institutionelle Veränderungen durchzuführen.“ Der Protest im Gesundheitswesen entwickelt sich und erobert immer mehr Regionen, ist aber noch schwach organisiert und wird sich in Zukunft erst noch bewähren müssen.

**Mediale Bekanntheit von Bürgerprotesten führt dazu, dass Probleme angegangen werden.**

Auch die rasche Ausbreitung der COVID-19-Pandemie in Russland machte die Stärken und Schwächen des Gesundheitssystems deutlich und stellte die traditionell starke russische Führung vor neue Herausforderungen. Moskau war der am meisten betroffene Teil des Landes, auf politischer Ebene reagierte der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin am energischsten und wurde zum faktischen Bevollmächtigten für die Krise. Putin hingegen reagierte seltsam fahrig und entrückt und schob die Verantwortung den Gouverneuren zu. Sie mussten Einschränkungen und das marode Gesundheitssystem verantworten, während Putin mit arbeitsfreien Tagen und Hilfspaketen die Rolle des Wohltäters für sich in Anspruch nahm. Putin hat sein System weder mit Ruhm bedeckt noch durch sein Management der Pandemiekrise völlig diskreditiert. Die Führung hat so getan, als wüsste sie, was zu tun ist und die Bevölkerung hat so getan, als würde sie der Führung folgen. Es gibt viele einzigartige Faktoren, die bei der Pandemie in Russland eine Rolle spielen, aber ein Mangel an klarer politischer Führung ist zu einem gemeinsamen Markenzeichen der Länder geworden, die am meisten gelitten haben.

## Rentensystem

Wenn das schlechte Gesundheitssystem einerseits der wesentliche Grund für Unzufriedenheit ist, so war nach Evgeny Gontmakher die Rentenreform andererseits das wichtigste innenpolitische Ereignis der letzten beiden Jahre. Die Auswirkungen und vor allem der immer noch tiefsitzende Groll darüber sind heute noch spürbar.

**Rentner leben oft in Armut und müssen betteln.**

Die durchschnittliche Rente in Russland ist sehr niedrig (2018: 14,144 Rubel, das sind nicht ganz 200 Euro). Viele Rentner müssen weiterhin arbeiten, verlassen sich auf dieses Geld als Stütze und erhalten gleichzeitig geldwerte Vorteile wie kostenlose Busfahrten. Dieses System stammt noch aus Sowjetzeiten und ist tief verankert. 2016 waren 29 % der Bevölkerung Rentner (43 Millionen von 146 Millionen Einwohnern), von den 21 Millionen offiziell in Armut Lebenden waren 2019 die meisten Rentner. Auch bettelnde alte Menschen sind selbst im reichen Moskau keine Seltenheit. Manche arbeiten länger und beziehen Rente und Gehalt gleichzeitig. In Gebieten mit chronischer wirtschaftlicher Depression und Arbeitslosigkeit sind Renten oft das einzige Geld, das Familien zur Verfügung steht und auf das sie bauen. Das ohnehin im Vergleich zu Europa oder den USA sehr wenige Geld wird für Medizin, Benzin und Strom oder die Ausbildung der Kinder verwendet. Die Reform zerstörte die Lebenspläne von vielen, und die Zahl der Armen wird durch sie weiter zunehmen.<sup>29</sup>

Umso bitterer ist es, dass auf der anderen Seite jeder dritte Rentner Vorrühständer ist. Das sind die Menschen, die in den Machtstrukturen gedient haben – im Verteidigungsministerium, Innenministerium, Ministerium für Notfallsituationen, beim FSB und in anderen Behörden. Man schätzt sie auf ungefähr 2,5 Millionen. Sie erhalten ihre Rente über Posten, die in die Haushalte der Agenturen „eingenäht“ wurden, Experten sehen sie nicht. Es gibt keine offenen Informationen über die Höhe dieser Renten, aber aufgrund von Umfragen kann man davon ausgehen, dass sie höher liegen als das, was alle anderen erhalten.<sup>30</sup> Hier werden die Teile der Bevölkerung, die der Macht nahe stehen, gezielt bevorzugt. Der Staat ist auch hier eine Sphäre eigenen Rechts – getrennt von der restlichen Bevölkerung. An diesen Renten wurde auch während der Reform 2018 nicht gerührt.

Die Rentner als „budget dependent people“ und wichtige Wählergruppe waren lange Unterstützer der Regierung. Einen Monat vor der Präsidentschaftswahl 2000 hat Putin die Renten um 20 % erhöht. Seitdem waren die Rentner ein entscheidender Teil der Wählerbasis Putins. Die geplante Abschaffung geldwerter Vorteile 2005 (wie kostenloser Nahverkehr, kostenlose medizinische Versorgung) zugunsten erhöhter Geldzahlungen, die aber die zusätzlichen Kosten bei weitem nicht abdeckten, war der Anlass, dass landesweit erstmals eine Graswurzelbewegung von über einer Million Menschen auf die Straße ging. Die Regierung sah sich zu Zugeständnissen den Demonstranten gegenüber gezwungen und musste zurückrudern.

**Rentner sind eine wichtige Wählergruppe.**

Die demographischen Bedingungen und die nachlassende Wirtschaftsleistung führten letztlich zu einer Anhebung des Rentenalters im Windschatten der Fußballweltmeisterschaft 2018. Ökonomen stimmen der Erhöhung des Rentenalters aus demographischen Gründen weitgehend zu. Wenn man sich aber die Lebenserwartung bei Männern von 67 Jahren vor Augen hält, klingt die Erhöhung des Rentenalters von 60 auf 65 fast wie Hohn. In manchen ökonomisch schwachen und wenig entwickelten Regionen Russlands liegt die Lebenserwartung damit unter dem Rentenalter. Das Rentenalter der Frauen (Lebenserwartung etwa 78 Jahre) wird schrittweise von 55 auf 60 Jahre erhöht (zunächst sollten es 63 Jahre sein, Putin nahm dies infolge der Proteste aber zurück).

Für die Bevölkerung war die Maßnahme ein Schock. Von April bis August 2018 stieg die Anzahl derer, die den Präsidenten negativ wahrnahmen, von 17 % auf 30 %, die Ablehnung des Premier Medwedew von 57 % auf 71 % und die der Regierung von 53 % auf 66 %.<sup>31</sup> Spätestens mit den Protesten gegen die Rentenreform trat Russland in eine neue unruhige innenpolitische Phase ein.

Anders als im Gesundheitssystem gab es bei den Rentenprotesten ein breites Bündnis vieler Organisationen und zivilgesellschaftlicher Strukturen, die dagegen waren. Den Anfang nahmen die Proteste mit einer Unterschriftenliste einer unabhängigen Gewerkschaft kurz nach der Verkündung der Reform am 14. Juni 2018, danach übernahmen weitgehend die Kommunistische Partei als Teil der „Systemopposition“ und Nawalny das Ruder. Als „Systemopposition“ bezeichnet man die neben „Einiges Russland“ im Parlament vertretenen Parteien, die einen mehr oder weniger eigenständigen Kurs fahren. Gelegentlich setzen sie eigenständig Akzente, können sich an Protesten beteiligen oder diese unterstützen, meist sind sie aber loyal zur Regierung oder unterstützen diese offen. Sie kanalisieren Protestpotenzial, das sich vielleicht ansonsten anders Bahn brechen würde und bekommen dafür Posten und Finanzmittel.

Bereits Ende Juli waren die Proteste zunehmend gespalten, am 28. Juli hielten die Kommunisten ihren Protest ab und am 29. Juli Nawalny und die kleine Libertäre Partei. Durch diese Spaltung waren die Teilnehmer ratlos und fürchteten, vor den jeweiligen Karren gespannt zu werden. Anfang August erreichten die Proteste ihren Höhepunkt in mehr als 280 Städten, mit 225.000 Teilnehmern im ganzen Land. Doch schon die folgenden Proteste konnten nicht mehr dieselben Teilnehmerzahlen erreichen. Am 2. September wurden in Moskau zwei unterschiedliche Demonstrationen gleichzeitig abgehalten – was die Spaltung deutlich vor Augen führt.

**Die Systemopposition will ein möglichst großes Stück vom Kuchen.**

Die Kommunisten haben genau die ihnen zugedachte Aufgabe als Teil der Systemopposition erreicht: dem Kreml nicht zu viele Scherereien bereiten und die eigene Wählerbasis aktivieren. Zwar leisteten sie finanzielle und logistische Hilfe oft zum Vorteil der Proteste, aber – wie Aktivisten kritisierten – auch zum Vorteil der kommunistischen Partei. Als Systemopposition sind die Kommunisten nicht an einer Änderung der Politik, sondern an einem möglichst großen Stück vom Kuchen interessiert.

Nawalny hingegen folgt einer populistischen Logik. Die politische Kultur seiner Organisation beruht auf einer tiefen Skepsis gegenüber jeglichen Koalitionen oder Formen der kollektiven Entscheidungsfindung. In Übereinstimmung mit der bekannten Definition von populistischer Politik hat Nawalny immer als eine Figur agiert, die „das Volk“ repräsentiert, die normalen Leute im Gegensatz zu korrupten Beamten und zur Politik. Die oppositionellen Kräfte in Russland sind gespalten. Es steht keine Gruppe bereit, welche die aktuellen Eliten im Sinne der klassischen Theorie der Elitenzirkulation (Pareto) ablösen könnte. Das Entstehen einer großen Bewegung gegen die Rentenreform blieb damit aus, auch wenn es die größte bisherige politische Erschütterung in Putins Amtszeit war.

Insgesamt hätten Rentner in der russischen Gesellschaft keine Fürsprecher und aufgrund ihrer abgehängten sozialen Situation kein Bedürfnis, auf die Straße zu gehen, meint Andrei Kolesnikow. Hier liege in der Zukunft keine Basis für Protest. Es stauen sich viel Frust, Stress und negative Gefühle in Russland auf, aber es gibt keine Wege, diese Proteste zu kanalisieren. Dem stimmt Evgeny Gontmakher zu und meint insgesamt: „Es gibt viel negative Emotionen. Die russische Gesellschaft ist nicht bereit für Demonstrationen im großen Maßstab.“

Die Bevölkerung ist zu ängstlich, passiv und politisch gespalten, um wirklich Veränderungen zu bewirken. Es gibt eine große Anzahl an Leuten (Arme, Rentner), die komplett vom Staat abhängig sind und keine Ressourcen darüber hinaus haben. Eine Veränderung des Systems oder ein Umsturz der Regierung würde diesen Menschen die Lebensgrundlage entziehen. Somit ist das Bild von der Leidensfähigkeit der russischen Bevölkerung durchaus korrekt – im Fall der Rentner und der armen Russen mangels Alternativen.

**Ein Regierungsumsturz würde den Armen und Rentnern die Lebensgrundlage entziehen.**

## „Generation Putin“

Lange galten gerade junge Menschen in Russland als besonders apolitisch und regimiekonform. Als bei den Anti-Korruptionsprotesten von Nawalny 2017/18 auf einmal auch viele junge Gesichter zu sehen waren, standen sie plötzlich im Schlaglicht und waren das jugendliche Gesicht des Wandels in Russland. Auch bei den Moskauer Protesten im Sommer 2019 beteiligten sich viele junge Leute, der Student Jegor Schukow wurde zu einer Symbolfigur des Protests, sein Schlusswort vor Gericht vielfach auf sozialen Medien geteilt.<sup>32</sup>

Plötzlich wurde sehr viel von der „Generation Putin“ geredet. Die Frage, ob diese nun für oder gegen Putin ist, verfehlt einiges – wie oben gesagt dreht sich für die Russen nicht alles um Putin bzw. steht Putin über den Dingen im „vopolitischen“ Raum. Putin kennt sich nicht mit dem Internet aus, ihn für Jugendliche interessant zu inszenieren verding nicht; stattdessen ist er der mehr oder weniger respektierte „Großvater der Nation“. Die Studentin Anastasia (20) meint: „Viele Leute nennen ihn Großvater, aber nicht im positiven Sinne, weil sie ihn für zu alt halten. Viele Leute machen Witze über ihn.“<sup>33</sup> In Moskau und Sankt Petersburg findet man wenige bis keine jungen Putin-Fans, in der Fläche sieht es wieder anders aus. Insgesamt verkörpert Putin für die Jugend zunächst einmal wertungsfrei und fast schon natürlich Nation und Staat.

Nach offizieller Staatslinie hat die Jugend Politik den Älteren zu überlassen und zu lernen. Staatliche Jugendpolitik in Russland hat einerseits die Funktion, die politische Herrschaft abzusichern – durch Protestaktionen zur Unterstützung der Regierung. Daneben dient sie auch der Verbreitung konservativer Denkmuster und der Förderung unternehmerischen Engagements.<sup>34</sup> Politisches Engagement hingegen wird entweder mit offiziellen Jugendgruppen in systemkonforme Wege geleitet oder abgelehnt. Die Regierung zensuriert zunehmend Rap oder Pop-Musik, weil diese vermeintlich Drogengebrauch, Suizid oder Homosexualität propagierten. Hier wird der Generationenkonflikt sichtbar.

**Die Jugend Russlands hat wenig zu verlieren und somit eine höhere Protestbereitschaft.**

Kulturell ist die Generation der 18- bis 25-Jährigen die des nach 2000 entstandenen Russlands, nicht des post-sowjetischen Russlands der 90er-Jahre. „Wir sind die Generation, die von den hohen Ölpreisen gelebt hat und während des wirtschaftlichen Wachstums... Wir haben dieses Gefühl der Unsicherheit nicht“, meint Andrej (21). Die nachgewachsene „Generation Putin“ hat mitunter gar nicht mehr erlebt, dass ihre Eltern von Arbeitslosigkeit bedroht waren. Die Jugend ist also anders als ihre Elterngeneration eher bereit, Forderungen über den Status quo hinaus zu stellen. Einerseits ist man in (größerer) Sicherheit aufgewachsen, andererseits hat man weniger zu verlieren als die Eltern: „Wir haben keine festen Jobs, wir haben nicht das Gefühl, dass die Familie von uns abhängig ist“, sagt Andrej und begründet damit auch eine höhere Bereitschaft zum Protest.

Die Alternative zwischen Putin oder „back to the 90s“ verfängt bei den Jungen nicht mehr. Nur weil es in Russland besser als in den 90ern ist, ist es für sie noch lange nicht gut. Die Regierung sorgt nicht mehr für Sicherheit, sondern stellt mit Blick auf die Proteste in Moskau sogar eine Bedrohung dar: „Die Proteste in Moskau waren auch deshalb wichtig, weil es das erste Mal war, dass das Regime sein wahres Gesicht zeigte... Sie zeigten, dass ihr Regime gewalttätig ist, sie sind damit einverstanden“, resümiert Leonid (21).

Gemäß Kritikern bietet der Kreml auch keine positive Vision für die Zukunft an. Propaganda und Zwangsmaßnahmen sind nicht dazu angetan, die jungen Menschen zu gewinnen. Das Fernsehen, das nach 2000 wesentlich zum Aufbau eines Meinungsmonopols der Regierung beigetragen hat, spielt für die Informationsgewinnung keine Rolle mehr, auch wenn immer noch ungefähr die Hälfte der jungen Menschen dieses Medium nutzt.<sup>35</sup> Karrierechancen in der Regierung oder bei staatlichen Unternehmen wären das einzige, womit der Staat die Jugend kaufen könnte. Aber die Wirtschaft schrumpft, während Kleptokratie und Vetternwirtschaft boomen: Die guten Jobs werden innerhalb der Elite an die Kinder weitergegeben.

Die jungen Erwachsenen in Russland sind weniger antiamerikanisch und antiwestlich als die ältere Generation, sie sprechen mehr Fremdsprachen (25 % verglichen mit 15 % bei den Älteren). Auch zeigt eine Umfrage des Lewada-Zentrums vom November 2019 bei 53 % der 18- bis 24-Jährigen die Bereitschaft, Russland zu verlassen. Deutschland ist auf der Liste der potenziellen Ziele ganz oben.<sup>36</sup> Mit dem Anschluss Russlands an die Globalisierung und mit der Modernisierung wächst natürlich auch der Anteil derer, die ein besseres Leben anstreben.

Einschränkend muss man sagen, dass die Generation der 18- bis 25-Jährigen nur ein Zehntel der Bevölkerung umfasst, sie wird also morgen nicht das Regime stürzen. Ob die Werte der Eltern adaptiert werden, ist noch offen. Man soll sich hier nicht täuschen: Russland ist ein konservatives Land, ein klassischer Generationenkonflikt „Söhne gegen Väter“ steht nicht an. Politische Meinungen holt man sich bei den Älteren. Gleichzeitig ist die politische Kultur wie oben geschildert statisch und wenig hoffnungsvoll, auch die Jugend glaubt nicht an Veränderung in Russland.

Das Bild der jüngeren Generation erscheint auf den ersten Blick paradox: Es macht sich ein stärkerer Hang zum Individualismus breit, der Bereich der Subkulturen gehört zum Lebendigsten in Russland. Eine westliche Art der Lebensführung, der Wunsch nach Konsum und eine Werteververschiebung wie z. B. eine höhere Toleranz gegenüber Homosexualität geht aber nicht zwingend mit einem erhöhten politischen Engagement einher. Man schafft sich seine Freiräume, nimmt über das Internet an der Globalisierung teil, ein kleiner Teil stimmt mit den Füßen ab und geht ins Ausland, und zu einem geringen Teil kämpft man für Veränderungen im Inland. Die Jugend verhält sich größtenteils regimekonform, ein kleiner Teil nicht.

Für politisches Engagement gibt es unterschiedliche Gründe. Andrej meinte: „Es ist in erster Linie die Familie. Ich habe einige Verwandte, die sich für Politik interessieren, und irgendwann in meinem Leben begannen wir ein Gespräch darüber zu führen“. Leonid war früher ein Fan von Putin, „dann begann ich, mir Nawalny-Videos anzuschauen, und Schritt für Schritt änderte sich meine Meinung“. Aber die Mehrheit geht nicht auf die Straße, weil man weiß, dass man im Gefängnis landen kann. Heimlich unterstützt man vielleicht Nawalny und folgt regimekritischen Telegram-Kanälen.

Umfragen von Lewada zeigen, dass die Jugend sich nicht substantiell von anderen Teilen der Bevölkerung unterscheidet, wenn es um politisches Engagement und zivilgesellschaftlichen Aktivismus geht – wobei sich speziell Nawalny der Unterstützung durch die Jungen erfreut.<sup>37</sup> Jan Matti Dollbaum von der Universität Bremen kam bei einer Umfrage zu ähnlichen Ergebnissen:

**Die junge Generation will westliche Lebensführung, zeigt aber wenig politisches Engagement.**

Es protestiert nur eine Minderheit der Jungen, wie auch bei der Gesamtbevölkerung. Allerdings gibt es bei Jüngeren eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie auf die Straße gehen.<sup>38</sup> Die wenigen, die sich engagieren, sind anders als ihre Eltern oder Altersgenossen: Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der persönlichen Freiheit stehen im Mittelpunkt. Insofern sind sie nach Einschätzung Evgeny Gontmakhers „absolut Europäer“: Anders als viele andere Russen sucht man hier die Antworten nicht in einem starken Staat, sondern im Individuum und legt größten Wert auf Menschenrechte. Andrej ist daher vorsichtig optimistisch: „Putin ist auf alte Menschen angewiesen. Das ist eine Art demographischer Optimismus, den ich habe: Früher oder später wird die Zahl der jungen Menschen zunehmen.“

**Russische Studenten  
haben keine  
positiven Visionen.**

Man sollte dies aber nicht mit einer allgemein größeren Protestbereitschaft verwechseln. Die Jugend wird nicht in einer größeren Breite auf die Straße gehen. Keiner der Studenten, mit denen ich gesprochen habe, hatte eine positive Vision für die nächsten Jahre. Leonid findet dafür folgendes Bild, das die Stimmung in Russland gut darstellt:

„Ich bin regelmäßig mit dem Bus zum Bahnhof gefahren, aber er ist sehr überfüllt, daher fragte ich die Stadtverwaltung: Können Sie einen zusätzlichen Bus bereitstellen? Und sie antworteten mir: Nein, er ist nicht überfüllt... Jeder in diesem überfüllten Bus hat Aggressionen, sie richten diese Aggressionen gegeneinander, aber sie sollten diese Aggressionen gegen die Verkehrsverwaltung richten... Ich denke, die Leute sollten diese Aggression auf konstruktive Weise nutzen, um die Situation zu ändern.“

Angesichts der Apathie und des gegenseitigen Misstrauens wird dies wohl noch lange dauern. Dies wird auch aus der letztlich pragmatischen Haltung der Jugend deutlich, die ihr Heil eher in der Flucht – dem Auswandern, ob es nun wirklich vollzogen wird oder nicht – als in der Veränderung daheim sucht. Der Gedanke an politisches Engagement liegt für die allermeisten fern.

## Fazit

### Steigendes Protestpotenzial?

Die Forscher des Zentrums für Sozial- und Arbeitsrechte gehen von 1.200 bis 1.500 Straßenprotesten in den letzten Jahren aus, 2018 stiegen sie wegen der Rentenproteste auf 2.193. Auch wenn es im darauffolgenden Jahr keine großen Rentenproteste mehr gab, gingen die Leute dennoch viel auf die Straße: Nach dem Zentrum für Sozial- und Arbeitsrechte gab es 2.068 Protestaktionen, von großen Demonstrationen bis hin zu kleinen und Kleinstaktionen. Die Leute demonstrieren also vermehrt. Carnegie Moskau hat fünf Gruppen ausgemacht, die sich für einen Wandel einsetzen:

- Menschen zwischen 40 und 54, die mit dem Arbeitsmarkt und der Erhöhung des Rentenalters unzufrieden sind,
- Menschen mit einer höheren Ausbildung,
- Menschen mit geringem Einkommen,
- Einwohner mittlerer Städte und
- politische Kritiker des gegenwärtigen Regimes.<sup>39</sup>

Die aktiven Personen unterzeichnen Unterschriftenlisten, schreiben offene Briefe oder stellen Anfragen an Behörden und bewirken so kleine Verbesserungen ihrer konkreten Lage. Je jünger, wohlhabender und besser ausgebildet, desto optimistischer sind sie. Soziale oder lokale Proteste legen Wert darauf, nicht als politisch verstanden zu werden. „Politik“ überlässt man wohl oder übel der Macht und den Eliten. Es beteiligt sich eine kleine engagierte Minderheit aus unterschiedlichen Motiven, die oft in der Biographie des Einzelnen begründet liegen.

**Politik überlässt man den Eliten.**

Dieser aktiven Minderheit steht nach wie vor eine große passive Mehrheit entgegen. Gerade Alte und Arme sehen den Staat als zentralen Akteur und sich selbst als unfähig an, etwas zu beeinflussen. Auch wenn die eigenen Lebensbedingungen noch so schlecht sind, „eine klare Relation zwischen Protesten und dem Sozialsystem lässt sich nicht nachweisen, wir können nur raten“, so eine Forscherin der HSE. Die Leute wissen nicht, was sie tun sollen. Für viele gilt immer noch leiden und abwarten. Es gibt keine Ressourcen, um tätig zu werden. Auch die völlige Unkenntnis der politischen Abläufe lässt Protestpotenzial ins Leere laufen: Gegen was oder wofür soll man auf die Straße gehen?

**Repressionen  
sind weiterhin  
wahrscheinlich.**

Angesichts der katastrophalen Gesundheitsversorgung wächst die Empörung, die Rentenreform sorgt immer noch für Groll und auch die Jugend sieht keine Perspektive. Wenn dadurch der Durst nach politischen Veränderungen in Russland weiter an Fahrt gewinnt, könnte schon bald eine größere Nachfrage nach politischen Freiheiten und Alternativen entstehen. Eine erfolgreiche Protestbewegung müsste jedoch landesweit entstehen und zu groß sein, um nicht einfach rigoros unterdrückt zu werden. Denn die Moskau-Proteste 2019 haben gezeigt, dass die Regierung vor Gewalt nicht zurückschreckt. Wenn die Maschinerie der Wahlen in Zukunft die erwünschten Ergebnisse nicht mehr liefert, kann das System reformiert werden – oder aber die Regierung höhlt auch die Institution der Wahlen, eine der letzten nach außen hin demokratischen Institutionen in Russland, weiter aus.

Der für Russland momentan erstrebenswerteste Weg im Umgang mit Protest und Demonstrationen ist der einer friedlichen Evolution: Positive Veränderungen müssten von unten auf lokaler Ebene durch eine aktive Minderheit angestoßen werden und gleichzeitig der apathischen Mehrheit zeigen, dass sie erfolgreich sein können. Die Macht dürfte an keiner Stelle das Gefühl haben, dass ihr die Kontrolle entgleitet, so dass sie den Schlagstock aus der Hand legen und größere Freiheiten gewähren kann. Nach den klassischen Theorien autoritärer Systeme reagiert die Staatsführung typischerweise auf die Erosion ihrer bisherigen Legitimationsgrundlagen (die momentan in Russland durchaus stattfindet) mit Reformen. Das Regime müsste erkennen, dass es durch Repressionen alleine nicht mehr gesichert werden kann. Ein schwieriger und unwahrscheinlicher Spagat, denn Reform hieße auch mehr Geld für das Sozialsystem und die Bevölkerung auszugeben und damit weniger für die Eliten zu haben.

### **Wie stabil ist das politische System?**

Das politische System ist weiterhin stabil, weil die Bevölkerung zwar frustriert und unzufrieden, aber auch apathisch und ohne Alternative ist. Am 27. März veröffentlichte Lewada eine Umfrage zur Verfassungsreform, die unter anderem Putin erlaubt, nach 2024 erneut als Präsident anzutreten: 48 % standen der Verfassungsänderung positiv, 47 % negativ gegenüber. Die Bevölkerung ist hier weniger gespalten als vielmehr ratlos.

Wenn wir große Demonstrationen in Russland sehen, haben wir vielleicht unbewusst immer noch die Bilder der friedlichen Revolution 1989 oder des Arabischen Frühlings (der ja keineswegs zu den erhofften Ergebnissen führte) vor Augen. Aber Derartiges wird sich in Russland in absehbarer Zeit

nicht ereignen. Momentan sind die Proteste eine Begleiterscheinung der gesellschaftlichen Umwälzungen im Zuge des Endes des Post-Krim-Konsenses und der sinkenden Reallöhne. Aber sie sind nur eine Reaktion auf und keine Ursache für die Veränderungen. Die zahlreichen – und tatsächlich immer zahlreicheren – lokalen Proteste lassen sich kaum auf einen gemeinsamen Nenner für die gesamte Nation bringen. Jeder Protest kann in der ersten Phase viel Schwung entfalten und Veränderungen auf lokaler Ebene bewirken, aber eine zweite Phase gibt es gar nicht, weil es keine Opposition, keine Gewerkschaften und keine starke Zivilgesellschaft gibt, die nachhaltige Strukturen schaffen könnten.

Die Regierung tut alles, um derartige Strukturen nicht aufkommen zu lassen. Putin fürchtet sich noch immer vor einer Farbrevolution. Es fehlt eine authentische Opposition, die die Bürger inspirieren könnte, ihren Unmut zu äußern. Die kleine liberale Opposition wird auch von politisch engagierten jungen Bürgern belächelt. Ein politischer Rahmen, der zentristische und liberale Russen hinter einem politischen Programm vereint, zeichnet sich nicht ab. Nawalny konzentriert sich auf Korruptionsbekämpfung, auch wenn manche Beobachter bei ihm das Potenzial sehen, politische und soziale Proteste miteinander zu verbinden.

#### **Nach aktuellen Theorien autoritärer Systeme (Gerschewski)<sup>40</sup> ruhen diese auf drei Säulen:**

**Legitimation, Kooptation und Repression,**  
also Überzeugung, Nutzen und Angst.

Eine Legitimationskrise drückt sich in Demonstrationen und Protesten aus. Letztere gibt es zwar in Russland, sie sind aber weit davon entfernt, systemgefährdende Ausmaße anzunehmen. Durch die korrupte Verflechtung der Eliten mit der Wirtschaft und die Niederhaltung von Opposition und organisierter Zivilgesellschaft sind die beiden anderen Säulen – Nutzen und Angst – weiterhin stabil.

Die steigende Zahl der Proteste und die Lebensrealität der nachwachsenden „Generation Putin“ zeigt aber auch, dass die russische Gesellschaft dynamischer ist, als es den Machthabern vermutlich lieb ist: „Die russische Gesell-

schaft wird sich schneller entwickeln als der Staat und diesen möglicherweise hinter sich lassen“<sup>41</sup>, schreibt Carnegie Moskau. Vielleicht lässt sich diese Dynamik von der Regierung irgendwann nicht mehr einfangen. Der Kreml weiß das und zieht momentan einerseits die Daumenschrauben an und versucht andererseits, durch seine Schwerpunktsetzung auf die Sozialpolitik den Unmut abzufedern.

**Russland wird heute  
mehr denn je von  
den Silowiki regiert.**

Selbst wenn es Putin und seinem Umfeld damit ernst sein sollte, fehlt allerdings das Geld, um dies wirklich umsetzen zu können – umso mehr in Zeiten von Corona. Zudem wird Russland heute mehr denn je von den Silowiki, den Sicherheitskräften, regiert. Wenn ich nur einen Hammer habe, sieht jedes Problem wie ein Nagel aus. Was passiert, wenn ich nur einen Schlagstock habe? Putin habe Russland „von den Knien“ erhoben – diesen Satz hört man oft in Russland, wenn es um das Verhältnis zum Westen geht. Aber wie will er ein Land von den Knien erheben, dessen Bevölkerung sich noch auf den Knien befindet? Wir in Europa haben fast vergessen, dass Nationalismus ganz am Anfang auch mal einen emanzipatorischen Beigeschmack gegenüber König und Aristokratie hatte. Es gibt einen systemkonformen Nationalismus, aber auch einen Alltagsnationalismus „von unten“. Dieser könnte durchaus zur weiteren Politisierung und Gesellschaftskritik von unten beitragen.<sup>42</sup> Wir erleben momentan in Russland den Aufbau einer sog. „backyard sovereignty“ („Hinterhof-Souveränität“). Das Gefühl der persönlichen Würde beim einzelnen Bürger nimmt zu, so dass die Verletzungen durch staatliche Akteure umso tiefer empfunden werden. Der persönliche „Hinterhof“, der früher an der eigenen Wohnungstür endete, umfasst zunehmend auch die eigene soziale Gruppe, den städtischen Raum oder die Region. Letzteres sieht man zum Beispiel an den langanhaltenden und großen Protesten in Chabarowsk im russischen Fernen Osten.

Während der Moskauer Proteste im Sommer 2019 gab es das erste Mal auch landesweite Solidaritätskundgebungen mit der Hauptstadt. Eine Umfrage des unabhängigen Centre for Independent Social Research unter Studenten in drei russischen Regionen brachte zutage, dass nach ihrer Ansicht die Regierung „die Bevölkerung nicht hört“, „das Volk nicht respektiert“ und „die Bevölkerung nicht einmal wahrnimmt“. In manchen Gruppen wurde das Problem der Verachtung der Eliten für die Bevölkerung schlimmer angesehen als das Problem der Korruption.<sup>43</sup> Es gibt ein wachsendes Unrechtsbewusstsein in Russland. Dieser Bürgersinn dient aber der Abwehr eines immer autoritärer und dreister werdenden Regimes – „bis hierher und nicht weiter“ –, aber noch lange nicht als Maßstab, an dem die Machthaber in Zukunft ihr Handeln a priori messen lassen müssten.

## Handlungsempfehlungen

Die vorliegende Analyse beschreibt, dass die Situation in Russland durchaus volatil ist und es verschiedene Kräfte im Land gibt, die die Regierung kritisieren und eine Veränderung der Lage anstreben, momentan eher im sozialen und lokalen Bereich als auf der großen politischen Bühne. Man muss auch konstatieren, dass die nicht staatlich organisierte Zivilgesellschaft weiterhin größtem Druck seitens der Regierung ausgesetzt ist.

Erstes Ziel der Europäer sollte daher sein, sich in die Lage russischer Partner hineinzusetzen. Das gilt für Unterstützer der Regierung genauso wie für Oppositionelle oder die apolitische Mehrheit der Bevölkerung. Hier muss man der Abgeklärtheit der Politik gegenüber und der Frustration mancher Bürger unbedingt Rechnung tragen, wenn man von unseren europäischen Werten wie Demokratie und Menschenrechten spricht, sonst redet man schnell aneinander vorbei. Hier mit gut gemeinten Ratschlägen aufzutreten, führt bei russischen Zuhörern oft zu Augenrollen und selbst regierungskritisch gesinnte Russen sind hier sehr sensibel.

Ein wichtiges Thema im Alltag und in Gesprächen sind nach wie vor die Sanktionen. Ein Rückgang der Wirtschaftsleistung trifft die Mittelschicht, die noch 2011/12 die Proteste überwiegend getragen hat. Die vorliegende Analyse zeigt, dass Armut nicht mit einem erhöhten Protestpotenzial einhergeht. Je nach Kontext führt Armut zu Passivität, die Bevölkerung ist hier eine Geisel der Eliten.<sup>44</sup> Diese sind aus Sicht der Kritiker um der Machtprojektion nach außen und des Machterhalts im Inneren willen bereit, die Interessen der nationalen Wirtschaft und der Zivilgesellschaft weitgehend zu opfern. Die Sanktionen treffen die gesamte Bevölkerung, während die Eliten ihr Geld nach wie vor ins Ausland schaffen können, insbesondere in die USA und nach Großbritannien.<sup>45</sup> Im Krankheitsfall fliegen sie nach Europa, ihre ausländischen Vermögenswerte vererben sie an ihre Kinder. Die Bürger in Russland sehen, dass die Sanktionen daran nichts ändern.<sup>46</sup> Auch wenn es keine einfache Lösung gibt, muss man sich diesen Zusammenhang vor Augen führen, wenn man über die Sanktionen spricht. Denn anders löst man sich nie von der fast schon ritualisierten Gewohnheit, mit dem Finger aufeinander zu zeigen.

**Sanktionen treffen die gesamte Bevölkerung, während die Eliten ihr Geld ins Ausland schaffen können.**

Die vorliegende Analyse argumentiert, dass Proteste in Russland nicht unüblich sind. Es handelt sich nicht um überraschende Ereignisse, sondern sie haben oft langfristige Ursachen und werden voraussichtlich weiter zunehmen.

Ungeachtet dessen möchte diese Studie dafür werben, in das europäisch-russische Verhältnis zu investieren. Einer weiteren Entfremdung der Westeuropäer und der Russen muss entgegengewirkt werden.

Die Kooperation mit offiziellen Regierungsstellen und staatlichen Organisationen bleibt wichtig. Die institutionelle Zusammenarbeit mit mehr oder weniger oppositionellen (westlich-liberalen) Parteien mag verdienstvoll sein, für die Russen spielen diese Organisationen nur noch eine untergeordnete Rolle.

Die meisten Europäer folgen nicht dem äußerst staatszentrierten Ansatz der russischen Offiziellen (der natürlich auf seine Art und Weise Lehren aus den 90ern zieht), sondern sehen eine Gesellschaft definiert durch den Austausch zwischen der Sphäre der Macht und einer lebendigen Zivilgesellschaft. Vertreter dieses Ansatzes argumentieren auch für eine enge Zusammenarbeit mit den Resten der unabhängigen Zivilgesellschaft. Wer dies tun möchte, muss neue Wege und Formate finden. Dies erfordert Fingerspitzengefühl – zumal die Zivilgesellschaft aufgrund der staatlichen Unterdrückung permanent im Umbruch ist. Kennzeichnend ist der Wegfall von Institutionalisierung, die Verlagerung in den Bereich der Online- und Subkultur und die große Bedeutung der sozialen Medien. Europäische Projekte im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, aber auch die zahlreichen deutschen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereine und Austauschprogramme, die mit Russland zusammenarbeiten, müssen gefördert und finanziell unterstützt werden. Im Kontext der sogenannten „Agentengesetze“ muss jedoch darauf geachtet werden, dass Kooperationen mit dem Westen für die russische Zivilgesellschaft auch gefährlich werden können.

**Russische Experten sollten in europäische Herausforderungen miteinbezogen werden.**

Dringend erforderlich ist auch eine Einbeziehung russischer Experten in europäische Diskussionen. Es gibt bei manchen Vertretern des Westens ein unterschwelliges Überlegenheitsgefühl in Europa und einen verinnerlichten Minderwertigkeitskomplex in Russland, der den Machthabern in die Hände spielt. Europa sieht sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber – Digitalisierung, Migration, Umbau der Wirtschaft, Überalterung. Russen müssen an diesen europäischen Debatten als Europäer teilnehmen. Das Meinungsspektrum russischer Experten beschränkt sich nicht darauf, ob sie für oder gegen Putin sind, sondern sie haben ihre eigenen Erfahrungen, die wir ernst nehmen sollten.

Auf nichtakademischer Ebene ist die Jugend ein wichtiger Hebel für die Zukunft. Zu begrüßen sind alle Maßnahmen, die zu mehr persönlicher Begegnung führen und damit einer zunehmenden Entfremdung entgegenwirken. Visaerleichterungen können gerade für junge Russen ein Anreiz sein, den

Westen zu bereisen: Einmal die Erfahrung gemacht zu haben, dass man Polizisten vertrauen kann, kann schon zu einer Bewusstseinsänderung führen.

Erfolgversprechend ist auch die Bereitstellung weiterer Informationen über aktuelle europäische Themen in russischer Sprache. Die Deutsche Welle genießt – sofern bekannt – einen guten Ruf, weiter verbreitet ist meiner Meinung nach die BBC. Hier gilt es, erfolgreiche Arbeit fortzuführen. Nicht als „Gegenpropaganda“, sondern vielmehr um eine lebendige Debattenkultur zu fördern, in der um politische Positionen gerungen werden darf. Gerade junge Russen haben – wenn sie entsprechend ausgebildet sind – großes Interesse an der EU und europäischen Werten, Themen wie Migration oder auch Frauenrechten und Gleichstellung. Gleichzeitig haben sie aber auch verinnerlicht, dass man über Politik vermeintlich nicht sprechen sollte.

Besonders zu empfehlen wäre auch ein Stipendienprogramm für junge Russen, die aus sozial schwachen Familien kommen. Es gibt in Russland keine Leistungsgerechtigkeit. Die Wohlhabenden finden Wege nach Europa, für den Großteil der Bevölkerung ist dieser aber versperrt. Auch ein Hochschulstudium ist nicht für alle zugänglich, weshalb die Einbeziehung von Auszubildenden und jungen Berufstätigen wünschenswert wäre. Wenn es um eine Bewusstseinsänderung geht, um die soziale Lage der Bevölkerung zu verbessern, sollte man nicht ausschließlich auf diejenigen setzen, die vom aktuellen System profitieren.

Auffallend ist auch die hohe Affinität der jungen Russen zum Internet – vielleicht noch mehr als in Deutschland. Ein europäisches „Brieffreunde“-Programm zwischen jungen Russen und Europäern über Instagram oder ähnliche Plattformen kann womöglich erfolgreich sein. Dies ließe sich mit geringem technischem Aufwand umsetzen.

**Stipendienprogramme für junge Russen aus sozial schwachen Familien sind empfehlenswert.**

///

### Anmerkungen

- 1 Medvedev, Sergei: The Return of the Russian Leviathan, Cambridge, UK und Medford, MA 2020, S. 70.
- 2 100.000 protestieren gegen Putins Wahlbetrug, in: Frankfurter Rundschau, 10.12.2011, [www.fr.de/politik/100000-protestieren-gegen-putins-wahlbetrug-11369805.html](http://www.fr.de/politik/100000-protestieren-gegen-putins-wahlbetrug-11369805.html), Stand: 3.6.2020.
- 3 Lewada-Zentrum: **Отношение к Владимиру Путину**, 14.4.2020, [www.levada.ru/2020/04/14/otnoshenie-k-vladimiru-putinu-4/](http://www.levada.ru/2020/04/14/otnoshenie-k-vladimiru-putinu-4/), Stand: 15.4.2020.
- 4 Vgl. **Центром социально-трудовых прав: Как протестуют россияне. Результаты мониторинга протестной активности во четвертом квартале 2019 года**, ohne Datum, [http://trudprava.ru/images/content/Monitoring\\_4\\_Quart\\_2019.pdf](http://trudprava.ru/images/content/Monitoring_4_Quart_2019.pdf), Stand: 5.4.2020.
- 5 Vgl. Åslund, Anders: Russia's Crownly Capitalism, The Path from Market Economy to Kleptocracy, Yale University Press 2019, S. 98.
- 6 Åslund: Crownly Capitalism, S. 168.
- 7 Taylor, Brian D.: Putin's Fourth Term: The Phantom Breakthrough (PONARS Eurasia Policy Memo No. 602), Juli 2019, [www.ponarseurasia.org/memo/putins-fourth-term-phantom-breakthrough](http://www.ponarseurasia.org/memo/putins-fourth-term-phantom-breakthrough), Stand: 5.4.2020.
- 8 Vgl. Movchan, Andrey: Don't Expect an Economic Miracle in Putin's Russia, 13.2.2020, <https://carnegie.ru/commentary/81059>, Stand: 23.3.2020.
- 9 Vgl. Miller, Chris: Putinomics: Power and Money in Resurgent Russia, University of North Carolina 2018, insbesondere S. 97.
- 10 Medvedev, Sergei: The State and the Human Body in Putins Russia. The Biopolitics of Authorian Revanche (PONARS Eurasia Policy Memo No. 597), Mai 2019, [www.ponars Eurasia.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/Peppm597\\_Medvedev\\_May2019.pdf](http://www.ponars Eurasia.org/sites/default/files/policy-memos-pdf/Peppm597_Medvedev_May2019.pdf), Stand: 13.3.2020.
- 11 Vgl. Shkolnikov, Vladimir M. u. a.: Patterns in the relationship between life expectancy and gross domestic product in Russia in 2005-15: a cross-sectional analysis, Lancet Public Health 2019, Bd. 4, S. 181-188, [www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S2468-2667%2819%2930036-2](http://www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S2468-2667%2819%2930036-2), Stand: 5.4.2020.
- 12 Offiziell definiert als diejenigen mit einem Monatseinkommen von weniger als 180 \$. Soziologen hingegen gehen von einem Anteil armer Menschen von bis zu einem Drittel der Bevölkerung aus.
- 13 Shkolnikov u. a.: Patterns in the relationship between life expectancy and gross domestic product, S. 187.

- <sup>14</sup> Kluge, Janis: Russlands soziale Schieflage. SWP Aktuell November 2019, S. 2, <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands-soziale-schieflage/>, Stand: 13.3.2020.
- <sup>15</sup> Medvedev: The State and the Human Body in Putins Russia, S. 3.
- <sup>16</sup> Nur 44 % der Russinnen und Russen haben einer Umfrage zufolge von den Nationalen Projekten gehört, und nur 6 % der Befragten glauben an den Erfolg des Programms.
- <sup>17</sup> Orlova, Natalia: Russian National Projects During the Crisis Period, 1.5.2020, <https://valdaiclub.com/a/highlights/russian-national-projects-during-the-crisis-period/>, Stand: 30.5.2020.
- <sup>18</sup> Vgl. Saprykin, Yuri: In Response to a „Russian Idea“ Channeled From Above, Another Version of Patriotism Is Emerging From Below, 4.10.2019, [www.ponarseurasia.org/point-counter/article/response-russian-idea-channeled-above-patriotism-emerging-below](http://www.ponarseurasia.org/point-counter/article/response-russian-idea-channeled-above-patriotism-emerging-below), Stand: 19.2.2020.
- <sup>19</sup> Clément, Karine: The Social Question in Russia: From De-Politicization to a Growing Sense of Exploitation, in: The Social Question in the Twenty-First Century. A Global View, hrsg. von Jan Breman, Kevan Harris, Ching Kwan Lee und Marcel van der Linden, University of California Press 2019, S. 227-243, hier S. 234.
- <sup>20</sup> Vgl. das Forschungsprojekt von Tomila Lankina und Kollegen an der London School of Economics „Popular Mobilization“, hier mit sechs Kategorien, <https://popularmobilization.net/2016/02/19/description-of-protest-data/>, aus dem sich auch eine „Protestmappe“ mit einer regionalen Aufschlüsselung der Demonstrationen nach Zielrichtung ergeben hat: <https://protest.dekoder.org/protest-karten>, Stand: 3.6.2020.
- <sup>21</sup> Vgl. Clément, Karine: Auf die Straße gehen oder schweigen – Proteste in Russland heute, 10.9.2019, <https://protest.dekoder.org/themen>, Stand: 15.4.2020.
- <sup>22</sup> Das erscheint aus deutscher Perspektive vielleicht gering, aber in Russland sind Steuern generell niedrig, damit die Leute angesichts der ohnehin niedrigen Gehälter nicht in den informellen Arbeitsmarkt „fliehen“.
- <sup>23</sup> Somanathan, Aparnaa / Sheiman, Igor / Salakhutdinova, Sevil / Buisman, Leander: Universal Health Coverage in Russia: Extending Coverage for the Poor in the Post-Soviet Era. Universal Health Coverage Study Series No. 37, World Bank Group, Washington, DC 2018, S. 21, <http://documents.worldbank.org/curated/en/785671528870478212/pdf/127140-WP-Russia-UNICO-Case-Study-final-PUBLIC.pdf>, Stand: 6.4.2020.
- <sup>24</sup> Gershkovich, Evan: „People Could Lose Their Lives“: Medicine Shortages in Russia Have Left Patients Fending for Themselves, in: Moscow Times, 12.02.2020, [www.themoscowtimes.com/2020/02/12/people-could-lose-their-lives-medicine-shortages-in-russia-have-left-patients-fending-for-themselves-a69243](http://www.themoscowtimes.com/2020/02/12/people-could-lose-their-lives-medicine-shortages-in-russia-have-left-patients-fending-for-themselves-a69243), Stand: 3.4.2020.

- <sup>25</sup> Vgl. Somanathan u. a.: Universal Healthcare, S. 16.
- <sup>26</sup> Lewada-Zentrum: «ПРОТИВОСТОЯНИЕ ЛОГИК»: ВРАЧ, ПАЦИЕНТ И ВЛАСТЬ В УСЛОВИЯХ РЕФОРМИРОВАНИЯ СИСТЕМЫ ЗДРАВООХРАНЕНИЯ [Confrontation of the logics: doctor, patient and authority in the conditions of reforming the health care system], 2016, [http://www.levada.ru/wp-content/uploads/2016/05/299\\_1-15\\_Svodnyj-analiticheskij-otchet.pdf](http://www.levada.ru/wp-content/uploads/2016/05/299_1-15_Svodnyj-analiticheskij-otchet.pdf), S. 24, Stand: 4.4.2020.
- <sup>27</sup> Kondratenko, Tatiana: Operieren am Existenzminimum, Deutsche Welle, 29.11.2019, [www.dw.com/de/russland-operieren-am-existenzminimum/a-51448962](http://www.dw.com/de/russland-operieren-am-existenzminimum/a-51448962), Stand: 4.4.2020.
- <sup>28</sup> Ochkina, Anna: Как протестуют россияне. Результаты мониторинга протестной активности во четвертом квартале 2019 года, Центром социально-трудовых прав (Zentrum für soziale und Arbeitsrechte), ohne Datum, [http://trudprava.ru/images/content/Monitoring\\_4\\_Quart\\_2019.pdf](http://trudprava.ru/images/content/Monitoring_4_Quart_2019.pdf), S. 6-7, Stand: 5.4.2020.
- <sup>29</sup> Vgl. Azhgikhina, Nadezhda: Russia's Pension-System ‚Reform‘ Is Deeply Controversial, in: The Nation 1.2.2019, [www.thenation.com/article/archive/russia-living-standards-putin/](http://www.thenation.com/article/archive/russia-living-standards-putin/), Stand: 3.2.2020.
- <sup>30</sup> Interview mit der Soziologin Oksana Sinyavskaya: «У нас пенсионеров больше, чем людей пенсионного возраста» („Wir haben mehr Rentner als Menschen im Rentenalter“), in: Kommersant 17.4.2017, [www.kommersant.ru/doc/3268472](http://www.kommersant.ru/doc/3268472), Stand: 3.2.2020.
- <sup>31</sup> Hier zeigt sich auch immer noch die typische Aussparung des Präsidenten bei Kritik.
- <sup>32</sup> Shukov, Jegor: „Je schlimmer meine Zukunft, desto breiter mein Lächeln“, 4.12.2019, <https://www.dekoder.org/de/article/shukow-plaedoyer-urteil-moskauer-prozesse>, Stand: 3.3.2020.
- <sup>33</sup> Für dieses Papier habe ich mit drei Studenten der Higher School of Economics (HSE) gesprochen, die als Teil der Moskauer „Intelligenzia“ eher regierungskritisch waren.
- <sup>34</sup> Schwenck, Anna: Staatliche Jugendpolitik in Russland zwischen regierungstreuem Protest und konservativer Erneuerung, in: Russland-Analysen Ausgabe 341 vom 6.10.2017, [www.laender-analysen.de/russland-analysen/341/staatliche-jugendpolitik-in-russland-zwischen-regierungstreuem-protest-und-konservativer-erneuerung/](http://www.laender-analysen.de/russland-analysen/341/staatliche-jugendpolitik-in-russland-zwischen-regierungstreuem-protest-und-konservativer-erneuerung/), Stand: 3.6.2020.
- <sup>35</sup> Vgl. Lipman, Maria / Volkov, Denis: Russian Youth: How Are They Different from Other Russians?, 18.1.2019, [www.ponarseurasia.org/point-counter/article/russian-youth-how-are-they-different-other-russians](http://www.ponarseurasia.org/point-counter/article/russian-youth-how-are-they-different-other-russians), Stand: 5.4.2020.
- <sup>36</sup> Lewada-Zentrum, Эмиграционные настроения (Auswanderungsstimmung), 4.2.2019, [www.levada.ru/2019/02/04/emigratsionnye-nastroeniya-3/](http://www.levada.ru/2019/02/04/emigratsionnye-nastroeniya-3/), Stand: 27.2.2019.
- <sup>37</sup> Lipman / Volkov: Russian Youth, Stand: 5.4.2020.

- <sup>38</sup> Dollbaum, Jan Matti: Jugendprotest in Umfragen, 4.6.2019, <https://protest.dekoder.org/umfragen>, Stand: 5.2.2020.
- <sup>39</sup> Kolesnikov, Andrei / Volkov, Denis: Russians growing Appetite for Change, January 2020, [https://carnegieendowment.org/files/2020\\_01\\_Kolesnikov\\_Volkov\\_Change.pdf](https://carnegieendowment.org/files/2020_01_Kolesnikov_Volkov_Change.pdf), Stand: 4.4.2020.
- <sup>40</sup> Gerschewski, Johannes u. a.: Warum überleben Diktaturen? Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47/2012, S. 106-131.
- <sup>41</sup> Kolesnikov, Andrei / Volkov, Denis: Are Russians Ready for Lasting Change?, <https://carnegie.ru/commentary/80977>, Stand: 8.3.2020.
- <sup>42</sup> Vgl. Clément, Karine: How to think about Russia without Putin, 20.11.2018, <https://www.opendemocracy.net/en/odr/how-to-think-about-russia-without-putin/>, Stand: 13.2.2020.
- <sup>43</sup> Vgl. Meyer-Olimpieva, Irina: Russia's Young Civic Activism: Lessons from the Moscow Protests, 30.10.2019, <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/russias-young-civic-activism-lessons-the-moscow-protests>, Stand: 4.3.2020.
- <sup>44</sup> Vgl. Grekov, Denis: Russia's managed poverty, 17.5.2019, <https://www.ridl.io/en/russia-s-managed-poverty/>, Stand: 3.6.2020.
- <sup>45</sup> Der Westen ist integraler Bestandteil des russischen Herrschafts- und Wirtschaftsystems. Eine eindrückliche und nachvollziehbare Schilderung des Finanzstroms aus Russland über Zypern, von dort über ehemalige britische Territorien, vor allem die British Virgin Islands und die Cayman Islands, nach Großbritannien und die USA (letztere produzieren ca. zwei Millionen Scheinfirmen pro Jahr) findet sich hier: Åslund: Crown Capitalism: How Large Is Russian Wealth, and Why Is It Held Offshore?, S. 154-179.
- <sup>46</sup> So zelebriert zum Beispiel die Tochter von Putins Sprecher Dmitri Peskow ihr Luxusleben in Frankreich auf Instagram mit 117.000 Followern.



## Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –  
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den  
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –  
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?  
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:  
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische  
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten  
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration –  
Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten –  
Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU –  
eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven  
und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik –  
Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der  
„Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten?  
Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“:  
Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 –  
Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates –  
Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –  
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –  
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des  
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –  
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –  
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –  
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in  
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –  
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der  
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:  
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?  
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –  
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –  
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –  
China’s Silk Road Initiative and the European Union:  
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –  
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –  
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –  
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen für den  
europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation



## IMPRESSUM

|                    |  |
|--------------------|--|
| ISBN               | 978-3-88795-586-1  |
| Herausgeber        | Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V.<br>Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0<br>E-Mail: <a href="mailto:info@hss.de">info@hss.de</a> , Online: <a href="http://www.hss.de">www.hss.de</a> |
| Vorsitzender       | Markus Ferber, MdEP  |
| Generalsekretär    | Oliver Jörg  |
| Redaktion          | Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin)<br>Claudia Magg-Frank (Redakteurin)<br>Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)  |
| V.i.S.d.P.         | Thomas Reiner (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)  |
| Umschlaggestaltung | Gundula Kalmer, München  |
| Druck              | Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München   |
| Hinweise           | Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.      |

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



**Hanns  
Seidel  
Stiftung**

